

Matthias Quent

**Zwischen Symbolwirkung und
alltäglichen Raumkämpfen:
manifeste Rechtsextremismus und
zivilgesellschaftliche Gegenbewegung in Erfurt**

– Situations- und Ressourcenanalyse für die
Thüringer Landeshauptstadt –

unter Mitarbeit von:

Alexander Thoms

Peter Schulz

Saskia Rieger

Der Autor:

Matthias Quent ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Soziologie der Universität Jena.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Situations- und Ressourcenanalyse für die Thüringer Landeshauptstadt wurde in Auftrag gegeben von:

Externe Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt

Träger: Radio F.R.E.I./Ansprechpartnerin Jana Schmidt

Gotthardtstraße 21, 99084 Erfurt

Telefon: 0361-7467422

E-Mail: lap@radio-frei.de

Lektorat, Redaktion und Satz: Susanne Haldrich, www.textei.com

Erscheinungsjahr: 2013

ISBN: 978-3-00-044344-2

Inhalt

Vorwort	7
Abbildungsverzeichnis.....	9
Tabellenverzeichnis.....	11
1. Einleitung.....	12
2. Methode und empirische Praxis	14
3. Kontextanalyse der Landeshauptstadt Erfurt	17
3.1 Abdriftende Regionen als Nährboden des Rechtsextremismus.....	19
3.2 Bildung als Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus.....	22
3.3 Ausgeprägte Segregationstendenzen in der Landeshauptstadt	23
3.4 Konkurrierende Sozialisationsangebote	24
3.5 Umgang der lokalen Eliten, Medien und Polizei mit Rechtsextremismus.....	25
4. Potenziale der Zivilgesellschaft.....	30
4.1 Antinazistische Proteste am 1. Mai 2013 in Erfurt	31
4.2 Aktivistenbefragung des Bündnisses „Keinen Meter – den Naziaufmarsch in Erfurt am 1. Mai verhindern!“	34
4.2.1 Bedeutung unterschiedlicher Anspracheformen bei der Protestmobilisierung	39
4.2.2 Motivation zur Protestteilnahme	42
4.2.3 Politische Einstellungen der Teilnehmenden.....	46
4.2.4 Zusammenfassung: Wer demonstriert gegen rechts?.....	51
5. Angebotsstrukturen der extremen Rechten in Erfurt	53
5.1 Formell organisierte Strukturen in Erfurt	54

5.1.1 NPD Kreisverband Erfurt-Sömmerda	54
5.1.2 (Ex-)Pro Erfurt & Pro Jugend	56
5.1.3 Sportverein „Mach dich fit e.V.“	57
5.1.4 Alternative für Deutschland.....	58
5.1.5 Weitere Parteien der extremen Rechten.....	59
5.1.6 Bewegungsunternehmer mit Scharnierfunktion: Enrico Biczysko.....	59
5.2 Auswärtige Akteure	60
5.3 Informell organisierter Rechtsextremismus in Erfurt	61
5.3.1 Rechte Cliques	62
5.3.2 Verbindungen in die Fußball-Szene.....	63
5.3.3 Bands	64
5.3.4 Szeneläden und Treffpunkte	64
5.4 Straf- und Gewalttaten als Strategie	65
5.4.1 Fallbeispiel: Der Überfall auf das Kunsthaus.....	70
5.5 Zwischenfazit.....	73
6. Geländegewinne der extrem rechten Szene in Erfurt.....	75
6.1 Formelle/parteiförmige Geländegewinne	77
6.2 Informelle Geländegewinne	81
6.3 Jugend- und subkulturelle Normalisierung.....	82
6.4 Ideologien der Ungleichwertigkeit.....	83
6.5 Zwischenfazit.....	84
7. Fazit	86
Literaturverzeichnis.....	91

Vorwort

„Zuerst holten sie die Kommunisten;
ich schwieg, denn ich war kein Kommunist.
Dann holten sie die Juden;
ich schwieg, denn ich war kein Jude.
Dann holten sie die Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitern;
ich schwieg, denn ich war kein Gewerkschafter.
Danach holten sie die Katholiken;
ich schwieg, denn ich war Protestant.
Schließlich holten sie mich,
und da war keiner mehr, der für mich hätte sprechen können.“

(Martin Niemöller)

Liebe Erfurterinnen und Erfurter,

Liebe Engagierte,

der Lokale Aktionsplan (LAP) gegen Rechtsextremismus hat im Juli 2012 seine Arbeit in unserer Landeshauptstadt Erfurt aufgenommen.

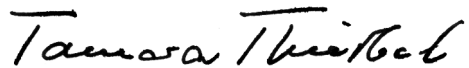
Bis heute konnten über das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit 26 Projekte und zusätzlich 45 Kleinprojekte im Rahmen des Aktionsfonds gefördert und unterstützt werden.

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse wurde Ende 2012 vom Begleitausschuss des LAPs Erfurt in Auftrag gegeben, um einerseits die aktuellen und konkreten Bedarfe aufgrund von rechtsextremen Aktivitäten in der Stadt sichtbar zu machen. Andererseits sollen die zivilgesellschaftlichen Potenziale der unterschiedlichen Akteursgruppen aufgezeigt werden.

Darüber hinaus ist die weitere Vernetzung der aktiven Zivilgesellschaft und die Gewinnung neuer Kooperationspartner/-innen in unserer Stadt als wichtige Aufgabe des Lokalen Aktionsplans zu verstehen, um die verschiedenen demokratischen Ressourcen gemeinsam im Agieren gegen Menschenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus und für ein tolerantes und weltoffenes Erfurt und Thüringen noch besser zu nutzen.

In diesem Sinn soll die vorliegende Studie als Arbeitsbasis für die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt dienen und dessen Arbeit mit der Stadtgesellschaft verstetigen.

Ihre Tamara Thierbach

A handwritten signature in black ink that reads "Tamara Thierbach". The script is cursive and fluid, with a prominent horizontal line above the first few letters.

Bürgermeisterin
und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
der Landeshauptstadt Erfurt

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II im Alter von 0 bis unter 65 Jahren anteilig an allen 0- bis unter 65-Jährigen in Prozent	20
Abbildung 2:	Arbeitslose anteilig an allen Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) in Prozent	20
Abbildung 3:	Arbeitslose Jugendliche anteilig an allen 15- bis unter 25-Jährigen in Prozent	21
Abbildung 4:	Anteil der Personen in Erfurt, die mindestens über Abitur verfügen in Prozent	22
Abbildung 5:	Übersicht zu Erfurter Jugend- und Freizeithäusern, Jugendverbänden, Kontaktstellen der Streetworkerinnen und -worker sowie weiterer Jugendeinrichtungen	25
Abbildung 6:	Wohnort der einheimischen und auswärtigen Protestteilnehmenden in Prozent	36
Abbildung 7:	Geschlecht der Protestteilnehmenden in Prozent	36
Abbildung 8:	Alterskohorten einheimischer und auswärtiger Protestteilnehmender in Prozent	37
Abbildung 9:	Höchster Bildungsabschluss der Protestteilnehmenden in Prozent	38
Abbildung 10:	Beruf der Protestteilnehmenden in Prozent	38
Abbildung 11:	„Sonntagsfrage“ unter den Protestteilnehmenden in Prozent	39
Abbildung 12:	Mobilisierungsformen in Prozent	40

Abbildung 13:	Protesterfahrung den einheimischen und auswärtigen Protestteilnehmenden in Prozent	41
Abbildung 14:	Einstellung zu staatlichen Programmen in Prozent	46
Abbildung 15:	Angst vor rechter Gewalt in Prozent	48
Abbildung 16:	Zufriedenheit mit Angeboten in Prozent	48
Abbildung 17:	Zufriedenheit mit Arbeit der Polizei in Prozent	49
Abbildung 18:	Zufriedenheit mit dem Engagement der Stadtoberen Erfurts in Prozent	50
Abbildung 19:	Entwicklung PMK rechts im Zuständigkeitsbereich der LPI Erfurt in absoluten Zahlen	66
Abbildung 20:	Übersicht rechte Straftaten thüringenweit	69
Abbildung 21:	Entwicklung der NPD-Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen (Erststimme) in Erfurt nach Siedlungsstrukturtyp in Prozent	78
Abbildung 22:	Entwicklung der NPD-Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen (Zweitstimmen) in Erfurt nach Siedlungsstrukturtyp in Prozent	79
Abbildung 23:	Stimmenanteile (Zweitstimmen) der AfD und NPD in den Erfurter Ortsteilen (Auszug) bei der Bundestagswahl 2013 in Prozent	80

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Befragte nach Akteursgruppen	16
Tabelle 2:	Stadtteile Erfurts gruppiert nach Siedlungsstrukturtypen	18
Tabelle 3:	Sozial geteilte Motivation für die Protestteilnahme in Prozent	43
Tabelle 4:	Lokalbezogene Protestmotive	44
Tabelle 5:	Motivation der Protestteilnehmenden für klassisch-gewerkschaftliche Anliegen in Prozent	45
Tabelle 6:	Erlebnisbezogene Motivation der Protestteilnehmenden in Prozent	45
Tabelle 7:	Einstellung zu politischen Aussagen in Prozent	47
Tabelle 8:	Stufen rechtsextremer Wirkungsmacht	76
Tabelle 9:	Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen in Erfurt in Prozent	78
Tabelle 10:	Landesstimmenergebnis nach Siedlungsstrukturtypen bei der Landtagswahl 2009 in Prozent	87

1. Einleitung

Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit fördert im Rahmen des „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ Projekte, die präventiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt gerichtet sind. Die Stadt Erfurt hat sich 2012 für den Lokalen Aktionsplan (LAP) beworben und die Bewilligung erhalten. In einem Förderzeitraum von zunächst drei Jahren sollen im Rahmen des LAP in Trägerschaft von Radio F.R.E.I. Toleranz und Weltoffenheit als zentrale Werte der Gesellschaft für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in der Thüringer Landeshauptstadt gefestigt werden. Eine zentrale Rolle dabei spielt, die unterschiedlichen zivilgesellschaftlich engagierten Personen und Initiativen zu aktivieren und zu vernetzen.

Einen ersten Überblick zu zivilgesellschaftlichen (Protest-)Potenzialen und rechten Strukturen lieferte der im Herbst 2012 vorgelegte „Problemaufriss“ (Quent und Baumann 2012). Die nun abgeschlossene Situations- und Ressourcenanalyse wurde im Auftrag von Radio F.R.E.I. am Institut für Soziologie der Universität Jena realisiert. Die Untersuchung knüpft dabei an das methodische Vorgehen des Jenaer Forschungsprojektes „Rechtsextremismus(-potenziale) im lokalen Kontext“ an.

Das Bestreben der nun vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse für die Landeshauptstadt Erfurt besteht zuvorderst darin, Wissensbestände über lokale Problem- und Gefährdungslagen, die von unterschiedlichen Facetten des Rechtsextremismus ausgehen, aufzubereiten und Interessierten zur Verfügung zu stellen. Dabei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen rechtsextremen Einstellungen und dem organisierten bzw. manifesten Rechtsextremismus, auf dessen Betrachtung als soziale Bewegung im Folgenden der Schwerpunkt liegt. Soziale Bewegungen werden i.d.R. definiert als Netzwerke von Individuen und Organisationen, die gemeinsame Identitäten sowie Ziele teilen und unkonventionelle Mittel nutzen (Della Porta 2013: 14).

Diverse Akteurinnen und Akteure des manifesten Rechtsextremismus agieren lokal in sehr unterschiedlicher Weise – *den* Rechtsextremismus gibt es nicht. In

der Regel sind der demokratisch agierenden Zivilgesellschaft vor Ort diese Differenzierungen nicht bekannt (Heitmeyer und Grau 2013). Ziel von Situations- und Ressourcenanalysen ist es daher, die Herausforderungen und Problemlagen in den lokalen Kontexträumen zu identifizieren. Darüber hinaus sollen Potenziale und mobilisierbare Stärken der lokalen Zivilgesellschaft dargestellt werden. Die Analysen verstehen sich als Hilfestellungen, um die Wissensbestände lokaler LAP-Beteiligter anzugleichen und die Wirksamkeit, Problemfokussierung und Nachhaltigkeit von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu verstärken. Dazu sind die Beobachtungen in einen Verstehenskontext der Genese, Reproduktion und Radikalisierung des Rechtsextremismus einzuordnen, um wirkungsvolle Perspektiven zur Intervention in diese Prozesse zu erarbeiten. Im Folgenden werden in diesem Sinne zunächst methodische und theoretische Vorannahmen und sodann die Befunde der Untersuchung in der Landeshauptstadt Erfurt diskutiert.

2. Methode und empirische Praxis

Das Konzept der vorliegenden interventionsbezogenen und sozialraumorientierten Untersuchung zur Analyse lokaler Potenziale basiert auf einem qualitativen Erhebungsverfahren, das sich die Wissensbestände lokaler Expertinnen und Experten zunutze macht und diese strukturiert, abgleicht und bewertet. Zu den Vorteilen des Vorgehens gehört die objektive Ergänzung von Informationsfragmenten unterschiedlicher Beteiligter (bspw. von Antifa, Jugendarbeit, Polizei, Politik, rechte Aussteiger/-innen usw.), die in der Regel nicht ohne Weiteres miteinander ins Gespräch kommen würden. Um Fehlschlüsse zu vermeiden, werden die Daten aus unterschiedlichen Quellen trianguliert (Schirmer und Blinkert 2009: 100). Leitfadengestützte Interviews mit Kennerinnen und Kennern der politischen Sphäre und der rechtsextremen Szene vor Ort stellen die empirische Grundlage dar. Hinzu kommt das systematische Auswerten vorhandener Aggregatdaten (Wahlergebnisse, sozioökonomische Situation, Haushaltsbefragungen u.ä.) und öffentlich zugänglicher Informationen (Websites, Polizeiberichte, Pressemeldungen, parlamentarische Quellen u.ä.). Erschlossen werden die Daten durch das thematische Codieren, welches auf theoretischem Vorwissen und Vorannahmen basiert, indem es „nicht um Theoriegenerierung [...], sondern um die Überprüfung und Weiterentwicklung einer als aussichtsreich eingeschätzten Theorie [...] als fallbezogene Überprüfung einer Theorie [geht]“ (Kuchartz 2007: 83ff). Interpretiert wird das Material theoriegeleitet und zugleich offen, denn es wird darauf geachtet, „dass die Befragten selbst zu Wort kommen und man ist sensitiv in Bezug auf theoretische Widersprüche und Ungereimtheiten“. Die auf den theoretischen Vorannahmen basierenden Kategorien werden nicht als vorab fixierter unabänderlicher Interpretationsrahmen verstanden. Vielmehr sind sie „Entwürfe“, die durch die empirische Realität verändert werden können (ebd.). Die Standardisierung von Erhebungsverfahren und Kategorien bereits im Erhebungsinstrument zielt darauf ab, im Vergleich verschiedener lokaler Zustände verallgemeinerbare Schlüsse auf Ursachen und prägende Faktoren der Stärke oder Schwäche rechtsextremer Vergemeinschaftungsformen und Aktivitäten in lokalen Kontexten zu identifizieren. In weiteren Schritten können daraus Empfehlungen zu struktur-

und bedarfsgerechten Strategien gegen Rechtsextremismus im lokalen Raum abgeleitet werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es notwendig, dass Lokalstudien zum Rechtsextremismus hinsichtlich der Informationsgewinnung vergleichbar sind. Die Sozialforschung hat diverse sozialräumliche Einflussfaktoren identifiziert, welche in einem standardisierten Werkzeugkoffer zur Erhebung berücksichtigt werden sollten. Es wird daher ein Mehr-Dimensionen-Modell für die objektivierbare Bestandsaufnahme und kontextuelle Rahmung des Rechtsextremismus im lokalen Kontext vorgeschlagen. Dabei handelt es sich erstens um strukturelle Einflüsse des jeweiligen lokalen Raums, zweitens um die vorhandenen manifesten rechtsextremen Strukturen und drittens um die Art und Weise sowie die Virulenz objektivierbarer Machtgewinne der extremen Rechten vor Ort. Neben der zunächst deskriptiven Bestandsaufnahme der lokalen Problemlagen sind für die Auswertung und für weitergehende Interpretationen die Interaktionseffekte und Beziehungen zwischen den Ebenen von besonderer Bedeutung.

Der dieser Analyse zugrunde liegende standardisierte Leitfaden wurde erstmalig für Lokalstudien in Jena und Saalfeld angewendet – damals mittels persönlich geführter, volltranskribierter Experteninterviews. Aus forschungsökonomischen Überlegungen wurde der Leitfaden der hier vorliegenden Erfurter Lokalstudie in einen Onlinefragebogen für gezielt ausgewählte Befragte transformiert. Zuvor wurden Vor- und Nachteile eines solchen Verfahrens abgewogen. Als interdisziplinäres Forschungsfeld erfreut sich die Online-Forschung wachsender Beliebtheit (einführend: Jakob et al. 2009). Günstig erwies sich das Verfahren der formularbasierten Onlinebefragung vor allem aus Kostengründen, aber auch wegen der hohen Präzision im Antwortverhalten der Befragten. Genaue Fragen im Leitfaden erfordern die Wiedergabe konkreter Wissensbestände. Weil das primäre Untersuchungsziel nicht die Interpretation, Bewertung oder Typisierung der Interviewten, sondern deren Erfahrungen und Einschätzungen zur Situation in Erfurt betraf, profitiert die Datenqualität durch die Möglichkeit der Befragten, ihre Antworten vor dem Absenden in Ruhe zu überdenken. Nachteilig ist, dass die Situation, in welcher der Fragebogen ausgefüllt wurde, kaum nachzuerfolgen ist: Haben sich die Interviewten beraten, zusätzlich recherchiert oder waren sie

abgelenkt? Im Vorfeld der Befragung bestand vor allem die Befürchtung, dass durch die fehlende Möglichkeit sofortiger Rückfragen die Datenqualität leidet. Dieser Aspekt konnte durch die Gelegenheit, bei den Teilnehmenden elektronisch und telefonisch rückfragen zu können, ausgeglichen werden.

Zwischen Juni und August 2013 beantworteten 22 Befragte die größtenteils offen formulierten Fragen. Diese wurden gezielt angesprochen und zum Teil mit Erinnerungs-E-Mails aktiviert. Die Ansprache von insgesamt 37 Personen erfolgte aufgrund der jeweils spezifischen Sachbereichskennntnis. Die in die Auswertung eingeflossenen, realisierten Befragungen rekrutieren sich, wie in Tabelle 1 dargestellt, aus verschiedenen ehren- und hauptamtlichen Motiven:

Tabelle 1: Befragte nach Akteursgruppen

Akteursgruppe	Zahl der Interviews (n)
Stadtverwaltung	2
Zivilgesellschaft: Antifa	2
Zivilgesellschaft: Gewerkschaft und Gewerkschaftsjugend	4
Politische Bildung	3
Parteien im Stadtrat	4
Jugendarbeit (Amt, Klubs, Streetwork)	5
Kirche	2

Hinzu kommen drei transkribierte Face-To-Face-Interviews mit Polizei, Staatsschutz und Zivilgesellschaft sowie teilweise protokollierte Hintergrundgespräche und Expertisen im Feld (Beratungsteam MOBIT, Landeskriminalamt Thüringen (TLKA), Opferberatung ezra).

Um herauszufinden, welche Personen sich aus welchen Motiven in Erfurt für antinazistische Proteste mobilisieren lassen, wurde darüber hinaus bei den Aktivitäten gegen eine neonazistische Demonstration am 1. Mai 2013 eine quantitative Demonstrationsbefragung verwirklicht. Deren Ergebnisse werden in der vorliegenden Studie im Kapitel 4.2 referiert.

3. Kontextanalyse der Landeshauptstadt Erfurt

Jene lokal-spezifischen Bedingungen, denen ein signifikanter Einfluss auf rechtsextreme Potenziale vor Ort zugerechnet wird, lassen sich in Faktoren der sozio-ökonomischen Entwicklung und in Rahmenbedingungen der politischen Kultur kategorisieren. Die Bedeutung der sozio-ökonomischen Entwicklung für rechtsextreme Einstellungspotenziale in Thüringen wird bereits im Blick auf die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen in wirtschaftlich abdriftenden und relativ stabilen Verwaltungskreisen deutlich: In den wirtschaftlich stabilen Regionen Thüringens liegt der Anteil rechtsextrem Eingestellter im Durchschnitt bei 11,5 Prozent, in den abdriftenden Gegenden bei 21,5 Prozent (Quent 2012: 55). Bei diesem, aus vier Faktoren¹ gebildeten Regionentrend liegt die Landeshauptstadt im Bereich der gleichbleibenden Regionen in Thüringen noch hinter Weimar, Hildburghausen, Eisenach, Sonneberg und Jena.

Der Siedlungsstrukturtyp städtischer Quartiere kann als Indikator für die sozio-ökonomische Position der Bewohnerschaft interpretiert werden und hat konstituierende Bedeutung für deren kollektive Identitätsbildung. Die Großstadt Erfurt umfasst 53 Ortsteile, in denen insgesamt über 200.000 Menschen leben. Der Diversität dieser Kontexte ist Rechnung zu tragen, um nicht in die Gefahr pauschalisierender Fehlschlüsse zu geraten. Für die Bewohnerschaft des Plattenbauviertels Berliner Platz mit einer Arbeitslosenquote von 14,9 Prozent stellt sich die soziale Realität anders dar als für die nur wenige Hundert Meter entfernt lebende Nachbarschaft der städtisch-geprägten Andreasvorstadt, in welcher der Arbeitslosenanteil bei nur 6,3 Prozent liegt. Nicht sinnvoll ist die einzelne Analyse von Ortsteilen für eine Untersuchung der gesamten Landeshauptstadt vor allem wegen den sehr aufwendigen Erhebungen, die dafür nötig wären sowie wegen der Kleinteiligkeit einiger Quartiere mit einer nur wenige Hundert Menschen umfassenden Einwohnerschaft. Zu beachten ist darüber hinaus der Umstand, dass politische und soziale Akteurinnen und

¹ Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen, Entwicklung der Arbeitslosenquote, durchschnittliches Haushaltseinkommen, Saldo der Zu- und Abwanderungen

Akteure – bspw. organisierte Rechtsextreme – ihre Aktivitäten in der Regel nicht auf einen einzelnen Ortsteil beschränken.

Tabelle 2: Stadtteile Erfurts gruppiert nach Siedlungsstrukturtypen

<p>städtisch (Stadtteile, die städtisch geprägt sind und nicht den Strukturen Plattenbau oder dörflich zuzuordnen sind)</p>	<p>Altstadt Löbervorstadt Brühlervorstadt Andreasvorstadt Johannesvorstadt Krämpfervorstadt Hohenwinden Daberstedt Ilversgehofen</p>
<p>Plattenbau (Stadtteile mit Gebäuden, die vorwiegend in industrieller Bauweise errichtet sind)</p>	<p>Berliner Platz Rieth Roter Berg Melchendorf Wiesenhügel Herrenberg Moskauer Platz Johannesplatz</p>
<p>dörflich (Stadtteile mit vorrangig dörflichen Siedlungsmerkmalen)</p>	<p>Dittelstedt Hochheim Bischleben-Stedten Möbisburg-Rhoda Schmira Bindersleben Gispersleben Vieselbach Linderbach Büßleben Niedernissa Windischholzhausen</p> <p>Egstedt Waltersleben Molsdorf Kühnhausen Hochstedt Töttelstedt Sulzaer Siedlung Urbich Gottstedt Azmannsdorf Rohda (Haarberg)</p>

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Landeshauptstadt 2012b: 202

Um kontextbedingte Problemkonzentrationen identifizieren zu können, bietet sich daher eine differenzierte Betrachtung anhand der prägenden Siedlungsstruktur an (Tabelle 2). Die Einteilung der jeweiligen Ortsteile erfolgt analog zu den amtlichen Statistiken der Landeshauptstadt. Insgesamt lebten am 31.12.2011 202.270 Menschen in Erfurt: davon 105.853 (52,3 Prozent) in städtischen Quartieren, 53.472 (26,4 Prozent) in Plattenbausiedlungen und 42.945

(21,2 Prozent) in dörflich-geprägten Ortsteilen (Landeshauptstadt Erfurt 2012a: 12).

Die sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung hat verschiedene Faktoren identifiziert, welche die individuelle Affinität zu rechtsextremen Einstellungen signifikant erhöhen und die Etablierung rechtsextrem Agierender begünstigen. Im Folgenden werden die Grundlagen dieser Befunde in Thesen zu den sozialräumlichen Einflüssen auf rechtsextreme Potenziale übertragen und die Situation der Landeshauptstadt anhand empirischer Daten beschrieben.

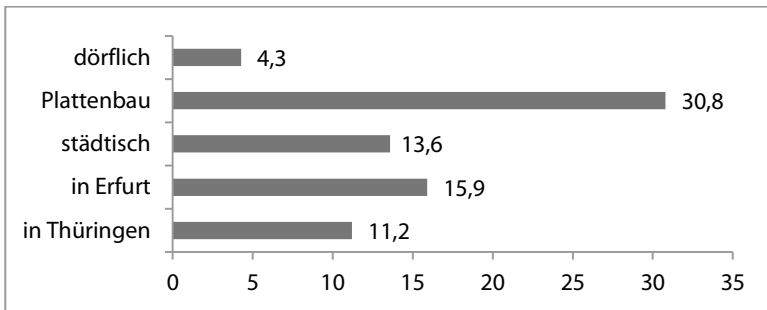
3.1 Abdriftende Regionen als Nährboden des Rechtsextremismus

Die Affinität zu rechtsextremen Orientierungen hängt empirisch eng mit objektiven und subjektiven Desintegrations- und Deprivationsgefühlen zusammen. Individuen, die sich von relevanten Teilbereichen der Gesellschaft ausgeschlossen betrachten (bspw. Arbeitsmarkt) oder dies tatsächlich sind, neigen ebenso wie jene, die sich oder ihre Eigengruppe als ungerecht behandelt empfinden, verstärkt zu rechtsextremen und gruppenbezogen-menschenfeindlichen Orientierungen (Hüpping und Reinecke 2007; Rippl und Baier 2005). Sie wählen häufiger rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien als andere (Legge et al. 2009). Es ist daher naheliegend, dass das rechtsextreme Potenzial in Verdichtungsräumen mit besonders starken Desintegrationsrisiken überdurchschnittlich erhöht ist. Bei aller Ausdifferenzierung der Theorien sozialer Desintegration (Heitmeyer und Anhut 2000) lassen sich für die sozialraumbezogene Rechtsextremismusforschung, die ohne aufwendig zu erhebende, kleinräumige Befragungsdaten auskommen muss, objektive Kontextfaktoren heranziehen, welche vorhandene Integrationshemmnisse der jeweiligen Wohnbevölkerung aufzeigen. Dies ist zunächst der Arbeitslosenanteil sowie der Anteil von Leistungsempfängerinnen und -empfängern nach SGB II.

Wie in Abbildung 1 zu sehen, indizieren die nach dem Siedlungsstrukturtyp gruppierten Daten (erwartungsgemäß) eine im städtischen, landes- und bundesweiten Vergleich mit 30,8 Prozent überdurchschnittliche Konzentration

von Erwerbslosen und Abhängigen von Transferleistungen im Siedlungsstrukturgebiet Plattenbau.

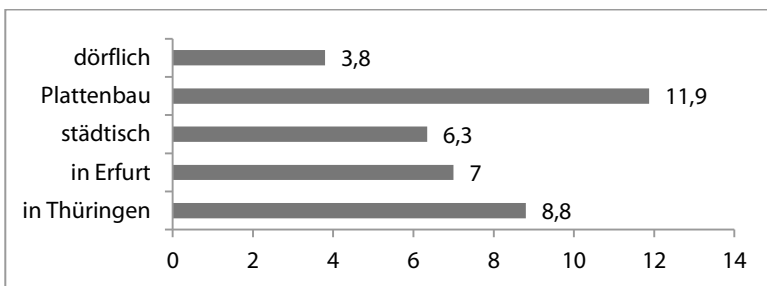
Abbildung 1: Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II im Alter von 0 bis unter 65 Jahren anteilig an allen 0- bis unter 65-Jährigen in Prozent



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage des Sozialstrukturatlas 2012

Im landesweiten Vergleich ist die Arbeitslosenquote in Erfurt unterdurchschnittlich. Insbesondere in den dörflich geprägten Ortsteilen leben mit 3,8 Prozent sehr wenige Arbeitslose (Abbildung 2). Stimmt die Annahme, dass die wirtschaftliche Prosperität einer Region die Rechtsextremismusaffinität ihrer Wohnbevölkerung beeinflusst, sollte in den Plattenbauvierteln ein höheres rechtsextremes Potenzial zu beobachten sein als in anderen ökonomisch konsolidierten Gegenden.

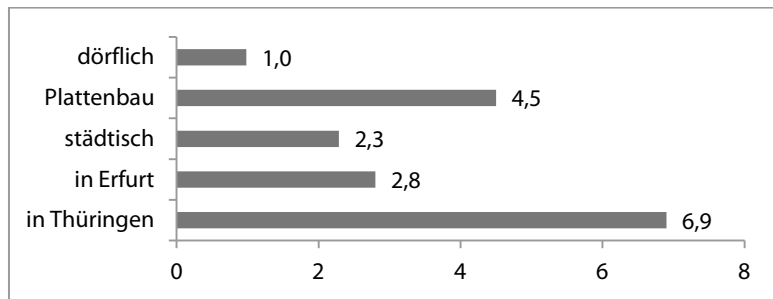
Abbildung 2: Arbeitslose anteilig an allen Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) in Prozent



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage Sozialstrukturatlas

In allen Siedlungsstrukturräumen Erfurts ist der Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger der besonders mobilen Gruppe der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren unterdurchschnittlich. Nur ein Prozent der Jugendlichen in dörflichen Regionen des städtischen Einzugsgebietes ist arbeitslos. Im Durchschnitt (Abbildung 3) liegt die Jugendarbeitslosigkeit in allen Siedlungsstrukturtypen Erfurts unter dem Landesdurchschnitt: Mit unter drei Prozent ist die Situation in Erfurt vergleichsweise entspannt. Dies betrifft, trotz eines erhöhten Arbeitslosenrisikos, auch den Anteil erwerbsloser Jugendlicher in den Plattenbaugebieten, der mit 4,5 Prozent ebenfalls unter dem Thüringer Durchschnitt (6,9 Prozent) liegt.

Abbildung 3: Arbeitslose Jugendliche anteilig an allen 15- bis unter 25-Jährigen in Prozent



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage Sozialstrukturatlas

Der im Landesvergleich positive Trend kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Art der Beschäftigungsverhältnisse sich auch in der Landeshauptstadt grundlegend wandelt: Unsichere, schlecht entlohnte, prekäre Tätigkeiten nehmen zu. Die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten ist in Erfurt seit 2001 deutlich um 54 Prozent gestiegen: Im Jahr 2001 waren 11.708 Personen geringfügig beschäftigt, im Jahr 2010 bereits 18.033 Personen. Auch die Zahl derjenigen, die im Nebenjob einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, stieg von 3.867 Personen im Jahr 2004 auf 5.159 im Jahr 2010 (Landeshauptstadt Erfurt 2012b: 31). Dieser gesamtgesellschaftliche Wandel ist nicht folgenlos für die politische Kultur. Bei „Prekariern“ wurde eine neue, spezifisch „rechtspopu-

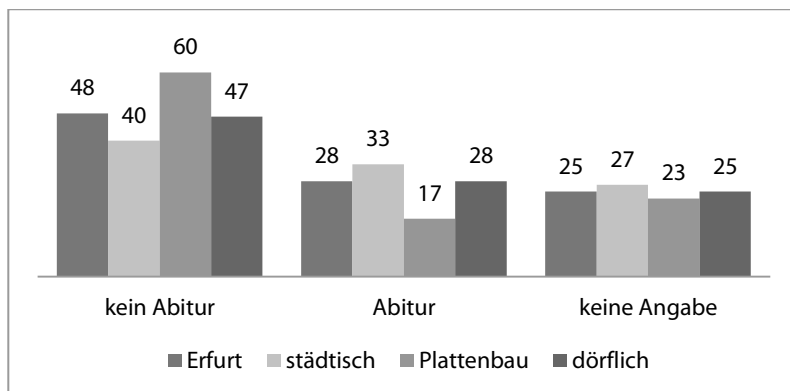
listische Axiomatik“ zur politischen Verarbeitung der Prekarisierung analysiert (Dörre et al. 2007).

3.2 Bildung als Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus

Individuen mit einem niedrigen formellen Bildungsniveau weisen statistisch häufiger rechtsextreme Einstellungen auf als besser Gebildete. Zu diesem Schluss kommen verschiedene Untersuchungen, darunter auch der Thüringen Monitor (Best und Saalheiser 2012: 94f). Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Rechtsextremismus spiegelt sich auch im Wahlverhalten wider. Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien NPD, DVU und REP weist den geringsten Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auf – nur unter der Nichtwählerschaft ist die Quote noch geringer (Brähler und Kruse: 4). Es ist zu überprüfen, inwieweit diese Befunde Auswirkungen auf unterschiedliche Rechtsextremismusbelastungen in lokalen Kontexten haben.

In den städtisch-geprägten Quartieren der Landeshauptstadt ist der Anteil von Personen, die mindestens über Abitur verfügen, mit 33 Prozent am höchsten (Abbildung 4); den geringsten Anteil weisen die Plattenbauviertel (17 Prozent) deutlich hinter dörflichen Regionen (28 Prozent) auf.

Abbildung 4: Anteil der Personen in Erfurt, die mindestens über Abitur verfügen in Prozent



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage des Sozialstrukturatlas 2012

Dieser Trend spiegelt sich wider in den Anteilen der Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchen und der Gesamtschülerschaft in den drei Erfurter Siedlungsstrukturtypen. Die Quote ist im Plattenbau (46,2%) niedriger als im städtischen (67,8%) oder dörflichen (59,8%) Siedlungsstrukturtyp (Landeshauptstadt Erfurt 2012b: 70). Wenn sich die Vorannahme des Zusammenhanges zwischen Bildungsniveau und Rechtsextremismusaffinität für die Landeshauptstadt bestätigen lässt, müsste sich folglich im Siedlungsstrukturtyp Plattenbau eine deutlich erhöhte Problemkonzentration feststellen lassen.

3.3 Ausgeprägte Segregationstendenzen in der Landeshauptstadt

Die nach Siedlungsstrukturtypen differenzierte Kontextanalyse offenbart erhebliche soziale Entmischungsphänomene. Menschen mit unterschiedlichem sozialen Status sind räumlich unterschiedlich verteilt und konzentrieren sich teilweise in bestimmten Stadtgebieten. Besonders viele Migrantinnen und Migranten leben im Osten und Norden Erfurts. Die Verfügbarkeit und Qualität von Wohnraum sowie die Höhe der Mieten sind entscheidende strukturelle Bedingungen für die Zusammensetzung der Wohnquartiere. Geringverdienende oder von staatlichen Transferleistungen Abhängige konzentrieren sich in günstigeren Neu- oder Plattenbausiedlungen. Diese Segregationstendenzen können sich in der politischen Kultur einer Stadt bemerkbar machen, beispielsweise in der Hegemonie politischer Parteien. Es entstehen „Kreise kollektiver Identität“ (Castel 2000: 360), die häufig auch jene Bewohnerschaft eines lokalen Zusammenhanges einschließen, die objektiv nicht von den typischen ökonomischen Merkmalen der Unterschicht betroffen ist. Die Wahrnehmung und Beobachtung von Abstiegsprozessen und -ängsten in der nahen sozialen Umwelt prägen Identität und Mentalitäten auch von Personen, die selbst nicht unmittelbar benachteiligt sind. Fraternal Deprivationsgefühle², die auch unabhängig von individueller Deprivation bestehen, haben eine dominante Bedeutung für gruppenbezogene Einstellungen wie Ethnozentrismus

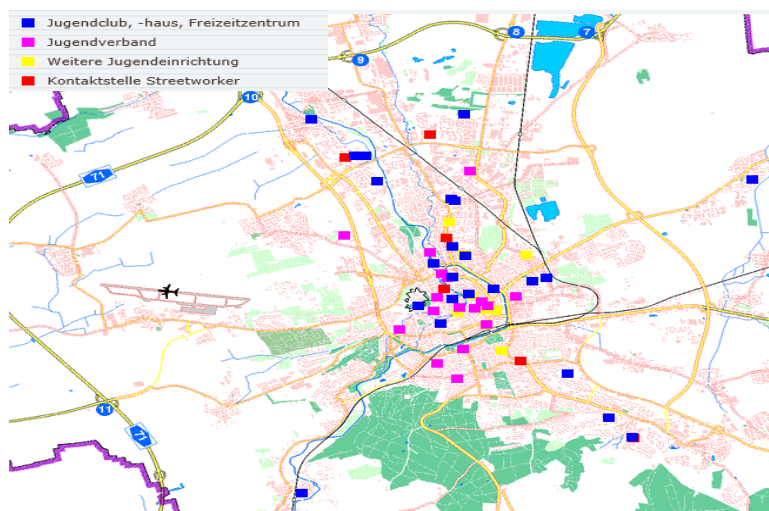
² Gefühlte Benachteiligung der Eigen- gegenüber einer oder mehrerer Fremdgruppe(n)

(Rippl und Baier 2005: 662f). Noch wichtiger als die Befriedigung des Eigeninteresses eines Individuums ist die Bedeutung der Eigengruppe für die Definition des Selbst. Vermischen sich reale Konkurrenzsituationen mit Wahrnehmungen der ungerechten Behandlung der Eigengruppe, können diese in kompensatorischer Weise auf Fremde projiziert werden (ebd.). Menschenfeindliche Einstellungen auf Grundlage von Ungleichwertigkeitsideologien sind die Folge. Zonen der Entkopplung und Vulnerabilität wachsen vor allem in abdriftenden Regionen, in denen sich nicht nur objektiv Betroffene, sondern ganze Bevölkerungsgruppen als sozial verwundbar erfahren und definieren. Rechte Orientierungen sind ein möglicher politischer Ausdruck dieser Verunsicherung (Castel 2000: 360f).

3.4 Konkurrierende Sozialisationsangebote

Um zu verhindern, dass sich Jugendliche rechtsextremen Cliques, Gruppen und Szenen anschließen, kommt den vorhandenen Gelegenheitsstrukturen eine entscheidende Rolle zu. Damit sind nicht nur Mobilisierungsangebote des Rechtsextremismus gemeint, sondern auch konkurrierende Freizeit- und Sozialisationsinstanzen wie Jugendklubs und nicht-rechte Jugendszenen, Freiräume, Vereinswesen und pädagogische Angebote. Vielfältige Identifikations- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sollten die Wahrscheinlichkeit, dass sie Anschluss an rechtsextreme Kreise suchen, verringern. Im Vergleich zu kleineren Gemeinden stellt die Landeshauptstadt ausgeprägte und vielfältige Freizeitangebote zur Verfügung. In der Großstadt koexistieren zudem unterschiedlichste sub- und jugendkulturelle Milieus. Die Angebote konzentrieren sich stark auf das innerstädtische Gebiet – in den Randgebieten finden sich deutlich weniger wohnortnahe Angebote (Abbildung 5). Öffentliche Einrichtungen, die als Treffpunkte für die organisierte rechte Szene dienen, existieren heute nicht mehr – bis vor einigen Jahren zählte u.a. der 2010 geschlossene Jugendklub „Urne“ im Ortsteil Herrenberg dazu.

Abbildung 5: Übersicht zu Erfurter Jugend- und Freizeithäusern, Jugendverbänden, Kontaktstellen der Streetworkerinnen und -worker sowie weiterer Jugendeinrichtungen



Quelle: Amt für Geoinformation und Bodenordnung:
<http://stadtplan.erfurt.de/cgi-bin/ef-asp.plx>

3.5 Umgang der lokalen Eliten, Medien und Polizei mit Rechtsextremismus

Inwieweit es Rechtsextremen gelingt, öffentliche Räume und Diskurse zu besetzen, hängt nicht zuletzt vom Umgang der medialen Öffentlichkeit und der deutungsmächtigen Personen vor Ort ab. Rechtsextreme Normalisierungsgewinne (Seite 75) sind in sensibilisierten Kontexten und bei hegemonialer Kritik am Rechtsextremismus kaum vorstellbar. Die überwiegenden Teile der politischen Sphäre in Erfurt positionieren sich kontinuierlich gegen Rechtsextremismus. Seit 2002 gibt es das Konzept des „Bürgertisches für Demokratie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“, an dem sich der Stadtrat bei seinen Entscheidungen orientiert. Dem Bürgertisch geht es zum einen darum, Toleranz, Gewaltlosigkeit und sozialen Frieden zu stärken und zum anderen die gemeinsame Verantwortung möglichst vieler in Erfurt agierender

Kräfte zu festigen. Außerdem beziehen die demokratischen Fraktionen im Erfurter Stadtrat gemeinsam Position gegen Rechtsextremismus. In der vom Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten Erklärung „Erfurt – bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis!“ vom 25. August 2009 heißt es:

„Wir setzen unseren Widerstand konsequent allen Aktivitäten rechtsextremistischer Kräfte entgegen, werden wir den reichen Schatz der Vielfalt und des bürgerschaftlichen Engagements mehren und zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen Offenheit und Respekt befördern, wollen wir mit unserer täglichen Arbeit dazu beitragen, in Erfurt eine herzliche Atmosphäre zu gestalten, in der sich die Erfurterinnen, Erfurter und Gäste aus aller Welt willkommen fühlen, werden wir Menschen ermutigen, einander zu begegnen, voneinander Toleranz zu lernen und sich miteinander für Frieden und Menschenrechte einzusetzen, werden wir die Erinnerung an den Kampf um Demokratie und an den Mut, gegen menschenverachtende Ideologien vorzugehen, lebendig halten werden wir neugierig, selbstbewusst und kritisch das gesellschaftliche Miteinander mit Toleranz und Achtung voneinander voranbringen. Bewusst lehnen wir dabei all das ab, was offen oder versteckt Gewalt, Hass und Menschenverachtung in sich trägt, werden wir uns einmischen, wenn Menschen ausgegrenzt, diskriminiert oder bedroht werden, damit ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander verschiedener Lebensweisen zur Normalität in unserer Stadt werden kann.“

Ebenfalls 2009 verlieh die Bundesregierung der Stadt den Titel „Stadt der Vielfalt“.³

Aus Anlass einer NPD-Kundgebung zum Bundestagswahlkampf im August 2013 verabschiedeten knapp 40 namenhafte Erfurterinnen und Erfurter eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel „Antimuslimischer und antisemitischer Hetze entgegenzutreten – für religiöse Anerkennung, Achtung und Toleranz!“. Zu den Unterzeichnenden gehörten auch Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) und Bürgermeisterin Tamara Thierbach (DIE LINKE) (Gemeinsame Erklärung

³ Unter Verweis auf Fallbeispiele von „Rassismus, soziale[r] Ausgrenzung und Nazigewalt in Erfurt“ setzt sich eine Broschüre des Bildungskollektivs BiKo (2012) kritisch mit dem Label auseinander und beanstandet, mit dem Label werde Bagatellisierung und Verharmlosung betrieben.

2013). Zudem finanziert die Stadt eigene Präventionsprojekte (bspw. „Demokratie und Partizipation – gegen Rechtsextremismus“ bei Radio F.R.E.I.). Dennoch wünscht sich eine übergroße Mehrheit antinazistisch Agierender in Erfurt (84,3 Prozent) ein stärkeres Engagement der Stadtoberen (Seite 50).

Nicht alle deutungsmächtigen Kräfte in Erfurt sind sich ihrer gesellschaftlichen Vorbildwirkung und damit einhergehenden Verantwortung für das Zusammenleben bewusst. Während sich die demokratischen politischen Kräfte der Landeshauptstadt zumindest in der Ächtung des Rechtsextremismus weitestgehend einig sind, fehlt in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen dazu offenbar der Wille. In den Befragungen wurden bspw. Defizite an Erfurter Schulen im Umgang mit rechts benannt. Mangelhaft, da sind sich die Befragten einig, ist auch das Engagement gegen Rechtsextremismus durch den Fußballverein FC Rot-Weiß Erfurt. Obwohl auch Fans des Vereins immer wieder mit rechtsextremen Positionen und Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, fehle ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Antinazistische RWE-Fans, die sich unter anderem bei Facebook organisieren, beklagen die ausbleibende Unterstützung durch den Verein. Gerade Funktionären und Spielern im Sport- und Vereinswesen wird eine bedeutende Vorbildfunktion als deutungsmächtige Akteure im vopolitischen Feld zugeschrieben. Während u.a. der Weltverband FIFA, der Deutsche Fußballbund (DFB), Vereine und Faninitiativen sich mit aufwendigen Kampagnen gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen, weil Ungleichwertigkeitsideologien vor Stadien als „Spiegel der Gesellschaft“ nicht haltmachen, geht vom Erfurter Verein derzeit keine Initiative aus. Die „tageszeitung“ bezeichnete den RWE in diesem Zusammenhang als „politisch naiv“ (Völker 2013).

Die Behandlung des Themas Rechtsextremismus in regionalen Tageszeitungen wird von den Befragten differenziert bewertet. Zwar werde immer wieder aufklärend berichtet über das Problem und einige Gegenaktivitäten, wie den 1. Mai 2013. Von kleineren Aktivitäten und aus „Grenzbezirken“, wie dem Süd-Osten der Stadt, werde dagegen „so gut wie gar nicht“ (Interview 8) berichtet. Zum Teil werde zudem „populistisch und parteiisch“ (Interview 4) informiert, insbesondere was die Arbeit der Polizei betrifft: Ein Befragter kritisiert, dass Polizeimeldungen

unhinterfragt abgedruckt werden (Interview 3). Ein anderer beobachtet das genaue Gegenteil: Die Polizei werde „oftmals aufgrund mangelnder Detailkenntnis seitens der Presse ungerechtfertigt kritisiert“ (Interview 4). Bemängelt wird außerdem, dass Rechtsextremismus vor allem dargestellt werde als „Image-Problem“ bzw. „wirklichkeitsfremd als Gefahr für ein wohlgeordnetes Gemeinwesen, dem Honoratioren und etablierte Akteure zusammen mit wohlmeinenden Bürgern bunt und vorbildlich entgegen wirken“ (Interview 13). Wie sich noch zeigen wird, polarisiert die Einschätzung der polizeilichen Praxis die lokalen Akteurinnen und Akteure sowie Expert(inn)en – insbesondere jene der antinazistischen Bewegung und der städtischen Verantwortungsträger(innen).

2012 mehrten sich öffentliche Vorwürfe gegenüber der Erfurter Polizei, sie verschweige den politischen Hintergrund rechtsextremer Vorfälle. Zweifelhafte polizeiliche Reaktionen auf mehrere gewalttätige Übergriffe in der Landeshauptstadt ließen die Zeitschrift „Spiegel“ kommentieren: „Erfurt wundert sich über die Polizei“ (Reinbold 2012). Nach einem Übergriff von Neonazis auf dem Erfurter Anger Ende Juli 2012 berichteten die Betroffenen, sie seien „irritiert vom Verhalten der Polizei: Die habe sich nicht dafür interessiert, dass der Hitlergruß gezeigt und rechtsextreme Sprüche gemacht worden seien. Schlimmer noch: Sie haben mit dem Angreifer gelacht – und uns aufgefordert, nicht von Nazis zu sprechen, weil wir damit die Gruppe provozieren würden. Sie hätten sich nicht wie Opfer gefühlt, sondern seien von der Polizei wie Täter behandelt worden.“ (Karmeyer 2012). Die Polizei verwehrte sich daraufhin gegen den Vorwurf, auf dem rechten Auge blind zu sein. Gleichzeitig lieferte ein Sprecher ein mögliches Motiv für die denkbare entpolitisierende Darstellung rechter Straftaten als normale tätliche Auseinandersetzung, wie es sie an jedem Wochenende in Erfurt mehrfach gebe: „Das wirft kein gutes Licht auf unsere Stadt, die doch eine Studentenstadt ist.“ (ebd.). Dass Imagepflege ein Motiv für die Bagatellisierung des gewaltbereiten Rechtsextremismus sein kann, hat u.a. ein Report der Amadeu Antonio Stiftung dargelegt (Kraske 2012: 8). Für Diskussionen sorgte auch der ambivalente öffentliche Umgang der Erfurter Polizei mit einem rechtsextremen Überfall auf das Kunsthaus im Juli 2012 (Seite 70). Seitdem, so erklärten führende Beamte der Erfurter Landespolizeidirektion in einem Interview für die Situations-

und Ressourcenanalyse, habe sich die Sensibilität der Polizei bei der Wahrnehmung politischer Tatmotive erhöht. Gleichzeitig habe die Polizei jedoch auch eine Verantwortung für den Ruf der Stadt und wäge daher die Öffentlichkeitsarbeit genau ab. Nicht jeder Vorfall müsse demnach öffentlich ausgewertet werden:

„Na gut, wir haben das Ding ja sehr massiv ausgewertet, [...] das war ein Anlass, noch aufmerksamer zu werden für unsere Beamtinnen und Beamten. Die achten jetzt sehr sehr gut drauf, dass uns da wirklich auch der kleinste Verdacht nicht entgeht, wenn irgendwo ein Hinweis existiert, dass das einen rechtsradikalen Hintergrund hat – egal, welche Straftat das ist. Das eine ist die, ich sag das jetzt mal, die strafrechtliche Verfolgung und Aufarbeitung dieser Geschichten. Jetzt muss man dazu die Öffentlichkeitsarbeit sehen [...]. Auf der einen Seite möchten wir so was transparent machen, wenn es gesellschaftlich wirksam ist. Aber ich denke, man hat auch eine Verantwortung für diese Stadt und das ganze Bild, was dabei entsteht, sollte die Stadt nicht schlechter machen als sie ist. Das sehe ich manchmal, auch auf solchen Seiten der AKE, wenn man dann in die Welt hinaus posaunt, dass das hier, ich sag es mal so drastisch, ein braunes Nest ist ... Nach dem Kunsthausvorfall habe ich u.a. eine E-Mail von einem Kanadier gekriegt, der sagt, er traut sich nicht mehr nach Erfurt – und dann geht der ganze Schuss nach hinten los. Das ist genau das falsche Signal und hier achten wir und achten auch drauf, was geben wir an die Öffentlichkeit und was nicht und ich sag das mal so: Wenn bei einer Familienstreitigkeit oder bei einer Körperverletzung dann hinterher rauskommt, dass da in der Wohnung einer ‚Heil Hitler‘ gebrüllt hat, dann wird das natürlich strafrechtlich verfolgt, aber dann schreiben wir das nicht unbedingt in die Zeitung rein.“ (Interview 21).

Für eine erhöhte Sensibilisierung spricht die gestiegene Anzahl von Polizeimeldungen über rechtsextreme Aktivitäten in Erfurt seit August 2012. Auch der Anstieg registrierter rechtsextremer Straftaten in Erfurt zwischen 2011 und 2012 deutet darauf hin, dass bei deutlich mehr Straftaten der politische Hintergrund registriert wird (Vgl. S. 66).

4. Potenziale der Zivilgesellschaft

In Erfurt positionieren sich zahlreiche formell und informell organisiert agierende Personen und Zusammenschlüsse gegen Rechtsextremismus, welche die politische Landschaft unterschiedlich stark und mit abweichenden Schwerpunkten prägen. Für die Befragung zur Situations- und Ressourcenanalyse wurden die Interviewten gebeten, jeweils „die drei Initiativen oder Organisationen [zu nennen], die für Sie in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus in Erfurt am stärksten präsent sind.“ Dabei wurden folgende genannt (absteigend sortiert nach der Häufigkeit ihrer Nennung):

- Beratungsteam MOBIT
- Antifaschistische Koordination Erfurt (AKE)
- Lokaler Aktionsplan (LAP)
- RedRoXX - offenes Jugendbüro (DIE LINKE)
- Bürgertisch für Demokratie und Toleranz
- Antifa
- Bündnis „Keinen Meter“
- Die LINKE
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Radio F.R.E.I.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)
- Parteien des Stadtrates
- DGB Jugend Erfurt
- linksjugend [solid]
- ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
- Bürgerbündnis AG gegen Rechtsextremismus
- antirassistische Gruppen
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
- Parteien und Gewerkschaften
- „der nicht organisatorisch gebundene Mob“

Zudem wurde gefragt, welche Attribute die antinazistische Zivilgesellschaft in Erfurt am besten kennzeichnen. Keiner der Befragten war der Meinung, diese sei „stark ausgeprägt“. Auch stimmte niemand der Aussage zu, die Erfurter Zivilgesellschaft „reagiert ausschließlich auf rechte Veranstaltungen“. Darüber hinaus fallen die Bewertungen differenziert aus. Am stärksten prägen demnach formell-organisierte Nichtregierungsorganisationen wie Gewerkschaften und Kirchen die überwiegend als „solide ausgeprägt“ bewertete antinazistische Landschaft, gefolgt von informellen Organisationsformen wie Antifagruppen und soziale Bewegungen. Nur geringen Einfluss wird staatlichen Institutionen, der Verwaltung und Jugendkulturen zugerechnet. Überwiegende Einigkeit besteht in der Einschätzung, dass die Erfurter Zivilgesellschaft kontinuierlich tätig ist.

Wie erfolgreich sind diese agierenden Kräfte und Bewegungsmanager hinsichtlich der Mobilisierung welcher Personen und mit welchen Mitteln? Der Frage wird sich auf Grundlage der bereits erwähnten Befragung von Teilnehmenden der Proteste gegen eine neonazistische Demonstration am 1. Mai 2013 in Erfurt angenähert. Verschiedene Gründe können zu der Entscheidung führen, nicht an solchen Protesten teilzunehmen – wengleich zentrale Ziele geteilt werden. So können bspw. fehlende Gelegenheit oder Begleitung, berufliche und familiäre Verpflichtungen, Beeinträchtigungen, Angst oder Zweifel an der Wirksamkeit solcher Aktivitäten von der Teilnahme abhalten. Gleichzeitig spielt die Mobilisierungsfähigkeit für Wirksamkeit, Legitimität und Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Bewegungsstrukturen eine zentrale Rolle. Es wird darum im Folgenden analysiert, welche Personen aus welchen Gründen und mit welchen Zielen in Erfurt gegen Rechtsextremismus demonstrieren.

4.1 Antinazistische Proteste am 1. Mai 2013 in Erfurt

Unter dem Motto „Arbeit, Recht, Freiheit“ veranstaltete die rechtsextreme Kameradschaft „Aktionsgruppe Weimarer Land“ gemeinsam mit Neonazis aus Erfurt und Weißenfels in der Landeshauptstadt eine Demonstration am 1. Mai, an der nach Polizeiangaben etwa 300 Neonazis aus mehreren Bundesländern

teilnahmen. Dagegen organisierten verschiedene Gruppen und Initiativen Proteste. Der Aufruf des Bündnisses „Keinen Meter – den Naziaufmarsch in Erfurt am 1. Mai verhindern“ wurde von 105 Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter u.a. Thüringens Sozialministerin Heike Taubert, Wirtschaftsminister Matthias Machnig (beide SPD), Abgeordnete der Landtagsfraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie antifaschistische und gewerkschaftliche Zusammenschüsse. Auch Engagierte der Umweltbewegung, Jugendverbände (Naturfreunde u.a.), Studierendenvereinigungen (Studierendenrat der Universität Erfurt u.a.) und eine migrantische Organisation (Kulturverein Mesopotamien) schlossen sich dem Aufruf an. In dem Appell wurde das Ziel formuliert, den rechten Aufmarsch zu verhindern:

„Es ist auch in Erfurt möglich, gemeinsam und entschlossen den Aktionen von Neonazis erfolgreichen Protest und praktischen Widerstand entgegenzusetzen. Dem geplanten Aufmarsch am 1. Mai 2013 werden wir einen Strich durch die Rechnung machen. Keinen Meter dürfen Neonazis durch die Stadt marschieren! Wir werden sie stoppen! Gemeinsam.“ (Keinen Meter 2013).

In dieser Zielformulierung stellen die Initiatorinnen und Initiatoren den Anschluss an erfolgreiche Blockaden gegen neonazistische Aufmärsche u.a. in Jena und Dresden her: Auch in Erfurt sollen rechte Aufmärsche durch Gegenproteste verhindert werden.⁴ Das Bündnis produzierte Aufkleber, Flyer und eine Aktionszeitung. Aktuelle Informationen wurden über einen Weblog und eine Facebook-Seite verbreitet, bei der bis zum 06.09.2013 917 Personen „gefällt mir“ klickten. Das linke „Filmpiraten-Projekt“ aus Erfurt produzierte für das „Keinen Meter“-Bündnis mehrere Mobilisierungsvideos, die im Internet verbreitet wurden. Jenseits des Bündnisses riefen u.a. Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) und der Bürgertisch Demokratie der Stadt Erfurt sowie das Aktionsnetzwerk Jena zu Protesten gegen die Nazidemonstration auf (Bausewein 2013; Bürgertisch Demokratie der Stadt Erfurt 2013; Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus 2013).

⁴ Bei Aufmärschen vor 2013 ist dies nur bedingt gelungen, dennoch gab es auch in Erfurt bereits Erfahrungen mit Blockade- und Störaktionen gegen extrem rechte Versammlungen; vgl. zur Diskussion in der Bewegung „Zwischen Aufbruch und Lethargie – Antifaschismus in Erfurt“ (AKE 2013).

Immer wieder melden Rechtsextreme am 1. Mai in unterschiedlichen Städten Versammlungen an, um den „Tag der Arbeit“ in der historischen Kontinuität nationalsozialistischer Vereinnahmung als „Feiertag der nationalen Arbeit“ zu besetzen. Seit 1856 hat der 1. Mai für die Arbeiterbewegung eine herausragende Bedeutung. 1889 wurde der 1. Mai von der Zweiten Internationalen als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Einmalig wurde der Tag in Deutschland 1919 als Feiertag begangen. Im Nationalsozialismus wurde er 1933 zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt, einen Tag später die Gewerkschaften verboten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb der gesetzliche Feiertag bestehen und hatte in der DDR als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus“ staatstragende Bedeutung. Heute finden am 1. Mai weltweit Proteste und Versammlungen gewerkschaftlicher und linker Organisationen statt. Auf diese progressive Tradition des „Kampftages“ verweist auch der Aufruf des „Keinen Meter“-Bündnisses. Außerdem riefen Gewerkschaften dazu auf, neben den eigenen Veranstaltungen zum „Tag der Arbeit“ auch die antinazistischen Proteste in Erfurt zu unterstützen.

Die Stadtverwaltung untersagte den rechten Aufzug zunächst. Von dem Thüringer Oberverwaltungsgericht wurde das Verbot jedoch zurückgewiesen. Mit Mitteln des zivilen Ungehorsams gelang es, den Lautsprecherwagen der Neonazis und einen Großteil der Aufzugstrecke zu blockieren, sodass die rechte Demonstration nach mehrstündiger Verzögerung und nur einigen Hundert Metern Wegstrecke zum Auftaktort am Hauptbahnhof zurückkehren musste. Während des Aufzuges kam es seitens der Neonazis zu Angriffen auf die Polizei und zu Flaschenwürfen auf Teilnehmende der Gegendemonstration. Wechselseitige Schmährufe, Pfiife und Rangeleien mit der Polizei begleiteten die etwa fünfzigminütige Demonstration. Schätzungen der Teilnehmerzahlen bei den Gegenprotesten variieren. Die „Thüringer Allgemeine“ (TA) berichtete von 4.000 (Mudra 2013), der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) von 900 bis 1.000 (MDR 2013). Die Organisatorinnen und Organisatoren des „Keinen Meter“-Bündnisses sprachen von „ca. 1.000 Antifaschist*innen bei Blockaden“ (Keinen Meter 01.05.2013). Für die weiteren Ausführungen wird davon ausgegangen, dass das mobilisierte Potenzial der Aktionen des „Keinen Meter“-Bündnisses tatsächlich bei

etwa 1.000 Personen lag. Werden darüber hinaus weitere Veranstaltungen, bspw. gewerkschaftliche Versammlungen, hinzugezählt, kann die Zahl – wie bei der TA – höher liegen.

Das Blockade-Bündnis „Keinen Meter“ betrachtete den Verlauf des Tages als Erfolg, weil es gelungen war, den rechten Aufmarsch zu verkürzen:

„Uns ist es mit Hilfe von Kundgebungen, der DGB Demonstration und mehreren Blockaden gelungen, dass die Nazis nicht wie geplant laufen konnten. [...] Durch die Blockaden konnte der Naziaufmarsch frühzeitig am marschieren gehindert worden. Gegen 15 Uhr ließ die Polizei die Nazidemo dann loslaufen, doch aufgrund der Blockade musste der Aufmarsch nach 280 Metern abgebrochen werden, die Nazis mussten umdrehen.“ (ebd.).

Die Polizei sprach von 400 Metern Neonazidemonstration, bevor diese wieder zur Standkundgebung in der Nähe des Hauptbahnhofes umdrehen musste. Die Gegenproteste wurden als „lautstark und überwiegend sehr friedlich.“ (Pressesprecher LPD 01.05.2013) bezeichnet. Insgesamt wurden am Tag acht Straftaten durch Versammlungsteilnehmende festgestellt, wobei unklar ist, ob dies nur die Gegendemonstrantinnen und -demonstranten oder auch die Teilnehmenden der rechtsextremen Versammlung umfasst. Die Presseberichte zu den Gegendemonstrationen fielen überwiegend sachlich-wohlwollend aus.

4.2 Aktivist*innenbefragung des Bündnisses „Keinen Meter – den Naziaufmarsch in Erfurt am 1. Mai verhindern!“

Am 1. Mai 2013 wurden etwa ab 10 Uhr durch eine Interviewerin und zwei Interviewer Fragebögen unter den Teilnehmenden zweier Gegenversammlungen in unmittelbarer Nähe zum Auftaktort des rechten Aufzuges verteilt. Die von dem Landesjugendwerk der AWO und den JUSOS angemeldeten Kundgebungen wurden vom „Keinen Meter“-Bündnis aufgrund der räumlichen Nähe zum Startpunkt der Neonazis als die wichtigsten Anlaufpunkte beworben. Um Missverständnisse zu vermeiden, sind die Organisatorinnen und Organisatoren der Proteste einige Tage zuvor auf die Befragung und die ausschließlich wissenschaftliche Verwendung der Daten hingewiesen worden. Zugunsten der

Vergleichbarkeit orientierte sich das Fragebogendesign an vorherigen Befragungen des Jenaer Forschungszusammenhanges, die Dr. Peter Bescherer im Rahmen seiner Untersuchungen zur Jenaer Anti-Rechts-Bewegung erstellte. Insgesamt umfasst der Fragebogen 12 Blöcke mit mehreren Items zu Gründen und Zielen der Protestbeteiligung, politischen Einstellungen, Mobilisierungshintergründen und -erfahrungen und soziodemografischen Indikatoren.⁵

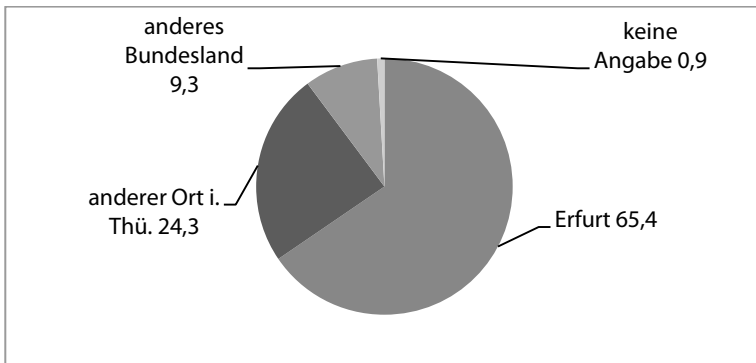
Die Ansprache der Aktionsteilnehmenden verlief zufällig und weitestgehend problemfrei. Die Fragebogen austeilenden Personen waren angehalten, nur in entspannten und überschaubaren Situationen mögliche Befragte anzusprechen. Nur wenige Angesprochene (<10) waren nicht zur Teilnahme bereit, insgesamt wurden die Befragten gegenüber der Untersuchung als offen, interessiert und hilfsbereit geschildert. In wenigen Fällen gab es Nachfragen zum Verständnis der Items, die zur Überarbeitung für künftige Erhebungen protokolliert wurden.

Als Grundgesamtheit im statistischen Sinne sind alle zivilen Personen zu bezeichnen, die sich am 1. Mai 2013 zwischen 10 und 12 Uhr bei oder im nahen Umfeld der Kundgebungen des Landesjugendwerks der AWO und der JUSOS aufhielten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Akteursgruppen diese Anlaufstellen bewusst gemieden haben (bspw. Personen, die nicht die Verhinderung der rechten Demonstration beabsichtigten und dennoch gegen rechts demonstrierten; Partei- oder Organisationsanhängerschaft, die bewusst Versammlungen eigener Organisationen anliefen; linksradikale Autonome, die sich in Kleingruppen abseits formeller Anlaufpunkte organisierten etc.). Mangels Informationen über die Normalverteilung der antinazistisch Aktiven kann darum nicht von der Repräsentativität aller Gegendemonstranten am 1. Mai 2013 in Erfurt gesprochen werden. Da sich der Erhebungsrahmen mit den zentralen räumlichen und zeitlichen Mobilisierungskontexten des „Keinen-Meter“-Bündnisses überschneidet, kann jedoch von der Repräsentativität der Befragung für die vom Bündnis mobilisierten Teilnehmenden ausgegangen werden. Stimmen die Angaben der Organisator(inn)en über die Teilnehmerzahlen, wurden mit n=107 etwa 10 Prozent der Grundgesamtheit befragt.

⁵ Eine gemeinsame, ausführliche Auswertung der Protesterhebungen ist geplant.

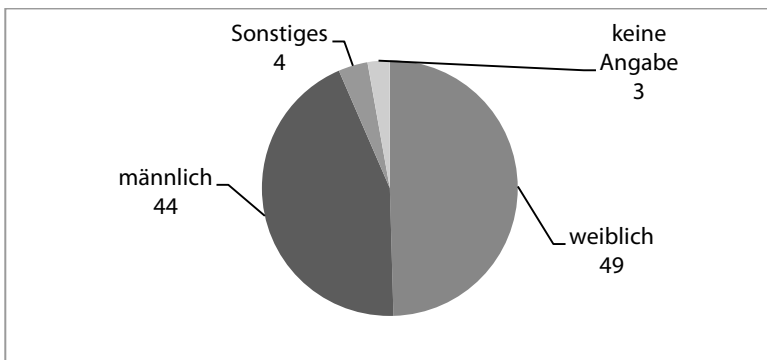
Die Befragten gaben zu überwiegenderen Teilen Erfurt als ihren Wohnort an (65,4 Prozent), 24,3 Prozent kamen aus dem Umland Thüringens zu den Gegenaktivitäten in die Landeshauptstadt und 9,3 Prozent (n=10) aus einem anderen Bundesland (Abbildung 6). Ein Befragter verweigerte die Angabe des Wohnortes.

Abbildung 6: Wohnort der einheimischen und auswärtigen Protestteilnehmenden in Prozent



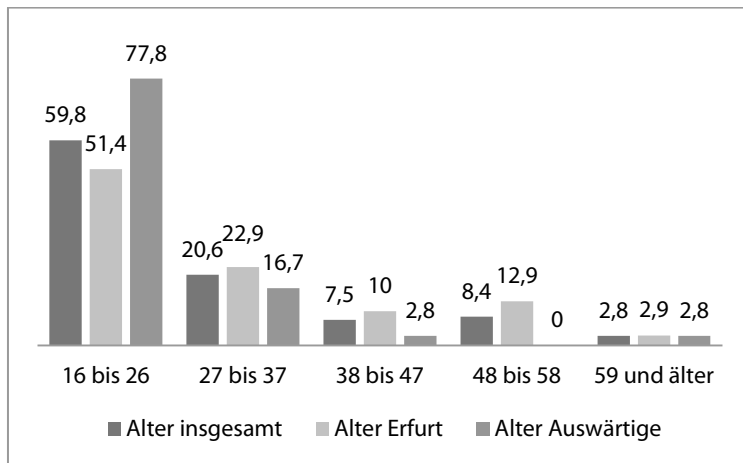
Hinsichtlich des Geschlechtes der befragten Protestteilnehmenden ist eine annähernde Gleichverteilung zwischen Frauen (49 Prozent) und Männern (44 Prozent) zu beobachten (Abbildung 7). Vier Prozent der Teilnehmer rechnen sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zu, drei Prozent verweigerten die Angabe.

Abbildung 7: Geschlecht der Protestteilnehmenden in Prozent



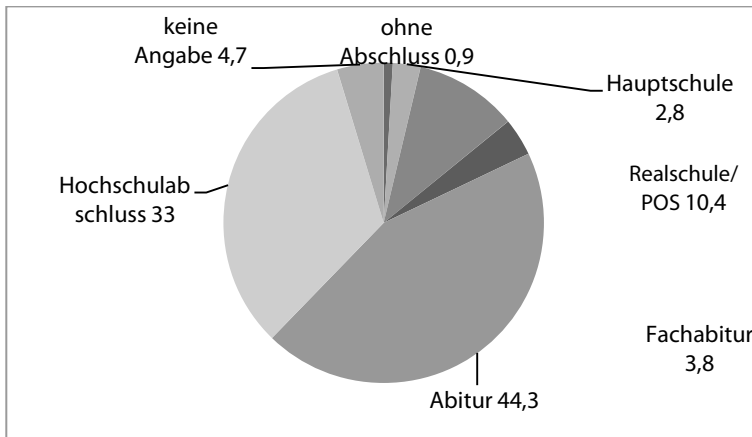
Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren bilden die größte Alterskohorte unter den Teilnehmenden (Abbildung 8). Dies trifft in besonders hohem Maße auf angereiste Gegendemonstrant(inn)en zu. Insgesamt sind nur etwa drei von Hundert Teilnehmenden älter als 59 Jahre. Damit spielt die immer größer werdende gesellschaftliche Gruppe der Alten für die antinazistische Protestmobilisierung in Erfurt derzeit so gut wie keine Rolle. Der Altersdurchschnitt der Personen, die an diesen Aktionen teilgenommen haben, liegt weit unter dem der Landeshauptstadt insgesamt.

Abbildung 8: Alterskohorten einheimischer und auswärtiger Protestteilnehmender in Prozent



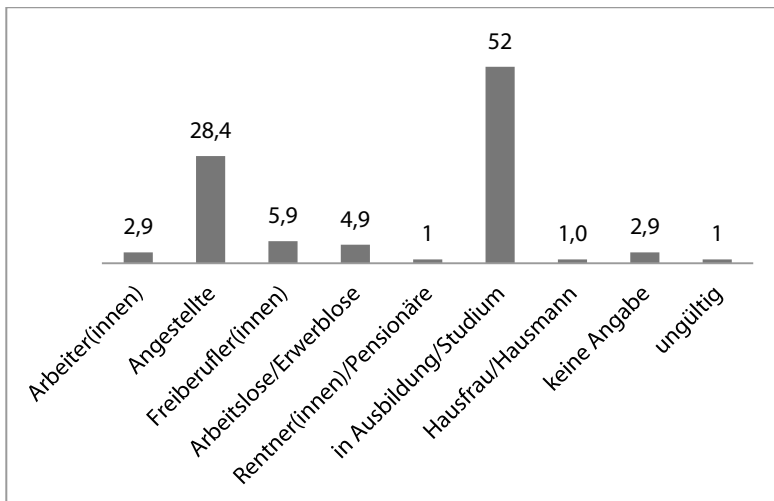
Das Bildungsniveau der Protestteilnehmenden liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt (Abbildung 9). In Erfurt verfügen 28 Prozent der Wohnbevölkerung über die (Fach)Hochschulreife oder einen höheren Bildungsabschluss. Von den Mobilisierten des Bündnisses „Keinen Meter“ liegt dieser Wert mit 81 Prozent fast dreimal so hoch. 33 Prozent der Befragten haben ein Hochschulstudium abgeschlossen.

Abbildung 9: Höchster Bildungsabschluss der Protestteilnehmenden in Prozent



Der aktuelle Berufsstatus spiegelt die Alters- und Bildungskonstellation der Teilnehmenden wider (Abbildung 10).⁶ Mehr als die Hälfte der Befragten befindet sich demnach in Ausbildung oder Studium.

Abbildung 10: Beruf der Protestteilnehmenden in Prozent

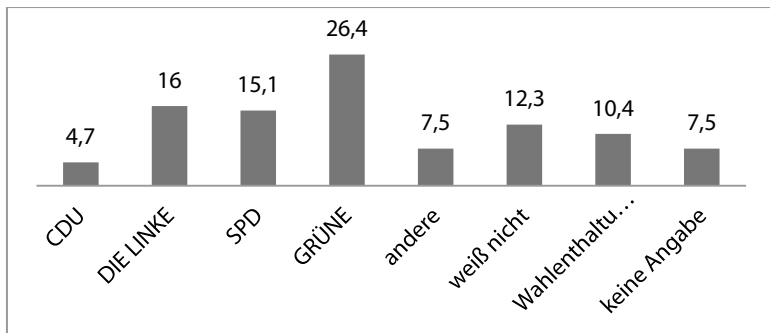


⁶ „Die Angabe „ungültig“ (siehe Abbildung 10) geht auf einen Fehler im Fragebogen zurück. Dort wurde die Kategorie „Beamter“ vergessen.“

28 Prozent sind Angestellte. Besonders gering ist der Anteil der Arbeiterschaft (3 Prozent). Unter dem städtischen Durchschnitt liegt die Quote der Arbeits- bzw. Erwerbslosen (4,9 Prozent).

In der Parteienpräferenz der Protestteilnehmenden lagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 26 Prozent vorn, gefolgt von der LINKEN mit 16 Prozent und der SPD mit 15 Prozent (Abbildung 11). Zwölf Prozent waren am 1. Mai unentschlossen, zehn Prozent wollten nicht zur Wahl gehen. Die Sympathiewerte für die CDU lagen mit fünf Prozent noch hinter jenen der sonstigen Parteien (7,5 Prozent). Zu diesen zählen die Piraten (n=2), MLPD, ÖDP und „Pro Hanf“ (je n=1).

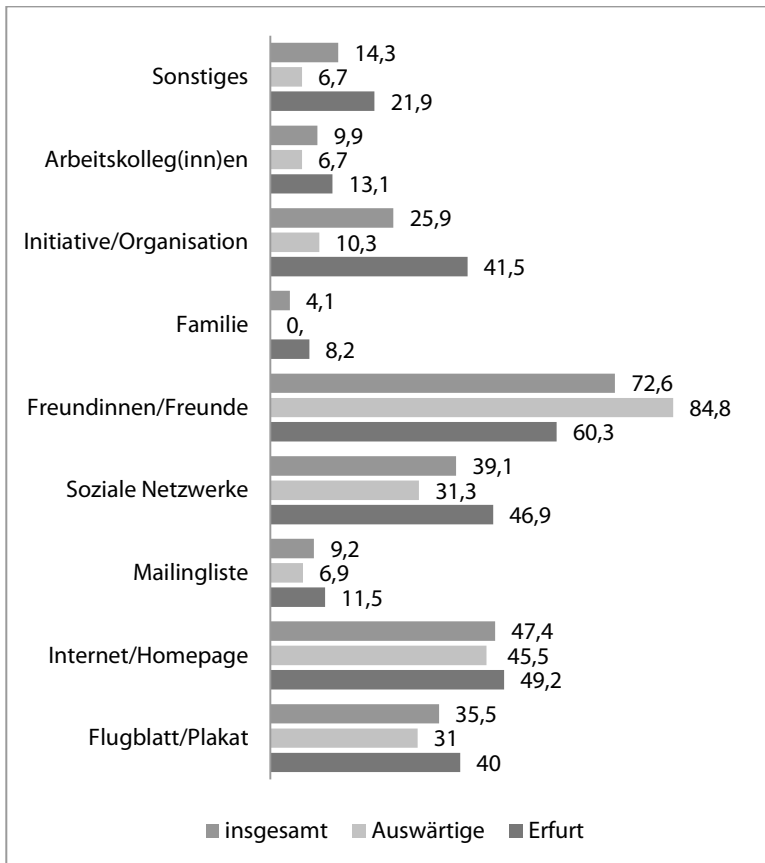
Abbildung 11: „Sonntagsfrage“ unter den Protestteilnehmenden in Prozent



4.2.1 Bedeutung unterschiedlicher Anspracheformen bei der Protestmobilisierung

Im Rahmen der Protestforschung wurden die Teilnehmenden gefragt, wie sie von den Gegenaktivitäten erfahren haben. Dabei waren, wie in Abbildung 12 zu sehen, Mehrfachnennungen möglich. Der Großteil der Befragten gab an, von Freundinnen und Freunden informiert worden zu sein (72,6 Prozent). Dieser Zugang ist für auswärtige Teilnehmende besonders wichtig. Moderne, digitale Platteformen (soziale Netzwerke und Internetseiten) sind die zweit- und dritthäufigst genannten Ansprache-Medien vor klassischen Mobilisierungsmitteln wie Flugblättern und Plakaten.

Abbildung 12: Mobilisierungsformen in Prozent

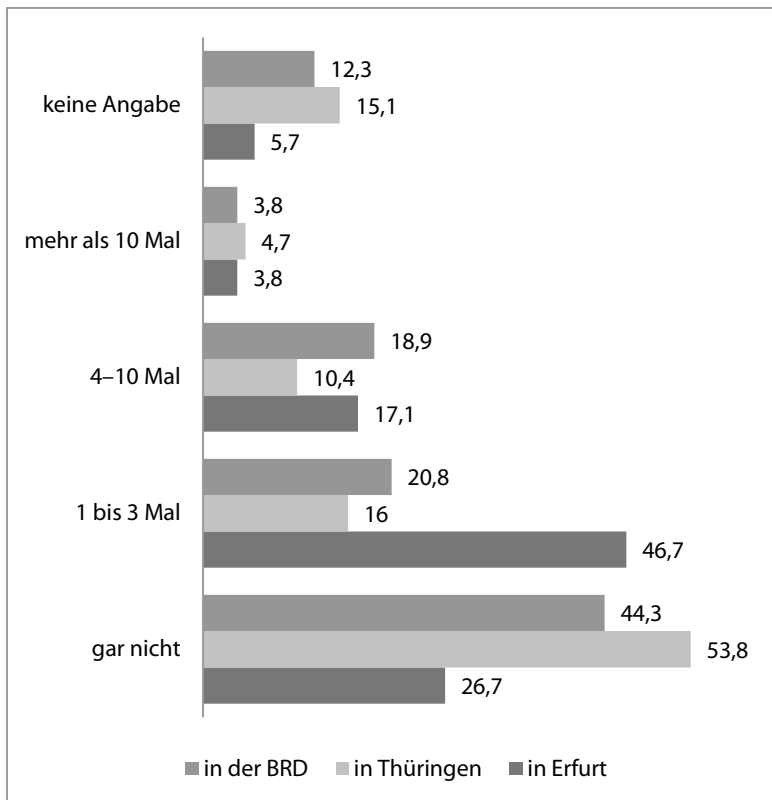


Etwas mehr als ein Zehntel der Befragten gab zudem an, über Mailinglisten sowie durch Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz Informationen erhalten zu haben. Kaum eine Rolle spielt intrafamiliäre Kommunikation bei der Protestmobilisierung. Ambivalent ist die Bedeutung von Initiativen und Organisationen: Über 40 Prozent der Teilnehmenden aus Erfurt nannten diese als Informationsquelle, von den Auswärtigen waren es nur zehn Prozent. Dies spricht für einen hohen Vernetzungs- und Mobilisierungsgrad der Erfurter Initiativlandschaft – zumindest im Vergleich zu den Zugereisten, für die vor allem informelle und freundschaftliche Netzwerke wichtig sind. Unter „Sonstiges“

wurden über die Antwortmöglichkeiten im Fragebogen hinaus Tageszeitungen und das Amtsblatt als Informationsquelle genannt.

Knapp 1/4 der Befragten hat sich „in den letzten Jahren an Aktionen gegen Rechtsextremismus/Rassismus“ beteiligt (Abbildung 13): 27 Prozent waren zum ersten Mal in Erfurt aktiv, 47 Prozent bereits ein bis drei Mal. Durch vergleichsweise aufwendige und breit getragene Mobilisierung wie zum 1. Mai 2013 in Erfurt konnten auch Personen erreicht werden, die sich sonst eher selten oder gar nicht aktiv mit der Thematik auseinandersetzen. Daneben besteht in Erfurt ein solides Potenzial von etwa 20 Prozent der Teilnehmenden, die sich regelmäßig gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren.

Abbildung 13: Protesterfahrung den einheimischen und auswärtigen Protestteilnehmenden in Prozent



4.2.2 Motivation zur Protestteilnahme

Der Framing-Ansatz hilft, charakteristische Deutungsrahmen und Mobilisierungsfaktoren von Protestbewegungen zu identifizieren. Hinsichtlich der Protestmotivation sind drei Typen zentral: „Collective action frames“ umfassen ein „action-oriented sets of beliefs and meanings, that inspire and legitimate the activities and campaigns of a social movements organization“ (Benford und Snow 2000: 614f). Nach Snow/Benford (ebd.) sind drei zentrale Strategien der Konsens- und Protestmobilisierung aus der Akteursperspektive sozialer Bewegungen zu differenzieren: das *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing*, wobei die Übergänge fließend verlaufen. Das *diagnostic framing* benennt einen problematischen sozialen Umstand, dessen Veränderung erstrebenswert erscheint. Dazu gehören auch Verantwortungszuweisungen. Die Diagnose erklärt, warum der Protest notwendig ist. Das *prognostic framing* bezeichnet die Debatte über Handlungsoptionen und Strategien: Mit welchen Mitteln kann der diagnostizierte Missstand verändert werden? Für die vorliegende Protestforschung ist die dritte Ausprägung von vorrangiger Bedeutung. *Motivational framing* umfasst die Gründe, welche Individuen zur Teilnahme an kollektiven (Protest)Aktivitäten überzeugen. Die Abwägung, welche Argumente bei der Mobilisierung der Anhängerschaft als erfolgsversprechend präferiert werden, stellen für die Mobilisierenden eine wichtige Herausforderung in der Vorbereitung von Aktivitäten dar. Intention der Aktivist*innenbefragung am 1. Mai 2013 war es daher, sozial geteilte Motivationen für die Protestteilnahme zu identifizieren. Dem Antwortverhalten nach verbindet die teilnehmenden Personen eine kollektive Mehrfachstrategie (Tabelle 3). Diese äußert sich in einem nahezu einstimmigen Konsens⁷ hinsichtlich pragmatischer Ziele, bewegungsförmiger Kollektivierung und Solidarität sowie verallgemeinerter Sozialkritik.

Aktive in sozialen Bewegungen und besonders solche, die Protestmittel des zivilen Ungehorsams als legitim erachten, um politische Ziele durchzusetzen, stehen in einem zwiespältigen Verhältnis zu staatlichen Kräften.

⁷ Mindestens 85 Prozent der Befragten stimmten eher oder völlig zu.

Tabelle 3: Sozial geteilte Motivation für die Protestteilnahme in Prozent

Item	sehr wichtig	wichtig	eher wichtig	völlig unwichtig	keine Angabe
<i>kollektive Ziele</i>					
Hauptsache, die Nazis können nicht demonstrieren.	51,4	39,3	6,5	1,9	0,9
Wir wollen Druck auf die Behörden aufbauen.	57	35,5	4,7	1,9	0,9
<i>bewegungsförmige Kollektivierung</i>					
Die Aktionen sind Teil einer breiten sozialen Bewegung für gesellschaftliche Veränderung	50,5	34,6	15,0	0	0
Die Aktionen sollen ein Mitmachangebot sein - wir wollen mit vielen Menschen darüber nachdenken, was wir verbessern können.	46,7	49,5	2,8	0,9	0
<i>inklusive Solidarität</i>					
Ich bin mit allen solidarisch, die heute gegen Nazis auf der Straße sind.	46,2	41,5	10,4	0,9	0,9
<i>allgemeine Sozialkritik</i>					
Die Aktionen sollen die Teilnehmer_innen und Passant_innen dazu bringen, sich stärker mit Fragen grundsätzlicher Gesellschaftskritik zu beschäftigen.	65,4	30,8	2,8	0,9	0
Es muss sich in der Gesellschaft grundsätzlich etwas ändern.	61,3	33,0	4,7	0	0,9
Ich wende mich gegen den rassistischen Konsens in der Mehrheitsgesellschaft.	61,7	29,0	3,7	0,9	4,7

Zum einen adressieren ihre Forderungen häufig Behörden und Legislative, zum anderen stehen Exekutive (bspw. die Polizei in Blockadesituationen) und zum Teil Judikative (bspw. wenn Gerichte Versammlungsverbote für Rechtsextreme aufheben) in einem konfligierenden Verhältnis zu den Engagierten. Dass, davon unbenommen, die Erwartungen gegenüber staatlichen Kräften hoch sind, indiziert die hohe Zustimmung der Aussage „Wir wollen Druck auf die Behörden aufbauen“ (Tabelle 3). Darüber hinaus verbindet die Teilnehmenden vor allem das gemeinsame Ziel, die rechtsextreme Demonstration unterbinden zu wollen.

Die Vorbildwirkung der Landeshauptstadt und der Ruf der Stadt stellen für weniger Teilnehmende wichtige Motive dar. Dennoch sehen fast 3/4 der Befragten eine besondere Verantwortung in der Vorbildfunktion der Landeshauptstadt (Tabelle 4). Immerhin 64 Prozent der befragten Teilnehmenden aus Erfurt und 47 Prozent der Auswärtigen treibt auch die Sorge um den Ruf der Stadt auf die Straße.

Tabelle 4: Lokalbezogene Protestmotive

Item	sehr wichtig	wichtig	eher wichtig	völlig unwichtig	keine Angabe
Wenn Neonazis ihre Ideologie in der Landeshauptstadt erfolgreich nach außen tragen können, ist das für andere Städte ein	49,5	25,2	21,5	3,7	0
Erfurter: Ich will nicht, dass Neonazis die Stadt in Verruf bringen.	37,1	27,1	25,7	10	0
Auswärtige: Ich will nicht, dass Neonazis die Stadt in Verruf bringen.	25	22,2	27,8	22,2	2,8

In der antifaschistischen Bewegung ist dieser Grund umstritten: Es wird jenen, denen vor allem der Ruf der Stadt wichtig ist, unterstellt, sie hätten nicht wirklich

etwas gegen Rechtsextremismus einzuwenden, sondern wollten nur verhindern, dass der Ruf der Stadt und somit womöglich die wirtschaftliche Attraktivität des Standortes gefährdet wird. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass sich lokale Orientierung, allgemeine Gesellschaftskritik sowie die Behauptung und Ablehnung eines „rassistischen Konsens in der Mehrheitsgesellschaft“ empirisch ergänzen.

Tabelle 5: Motivation der Protestteilnehmenden für klassisch-gewerkschaftliche Anliegen in Prozent

Item	sehr wichtig	wichtig	eher wichtig	völlig unwichtig	keine Angabe
Weil die internationale Arbeiterbewegung nicht zulassen darf, dass Neonazis diesen Tag umdeuten.	34,6	33,6	23,4	3,7	4,7
Ich will vor allem ein Zeichen für gute Löhne der Arbeitnehmer_innen setzen.	21,5	33,6	28	13,1	3,7

Der Anteil jener, die sich bei den Antinaziprotessen mit klassisch-gewerkschaftlichen Anliegen des 1. Mai identifizieren, ist deutlich geringer. Etwas mehr als die Hälfte der Personen, die an den Protesten teilnahmen, stimmt entsprechenden Aussagen zu (Tabelle 5).

Tabelle 6: Erlebnisbezogene Motivation der Protestteilnehmenden in Prozent

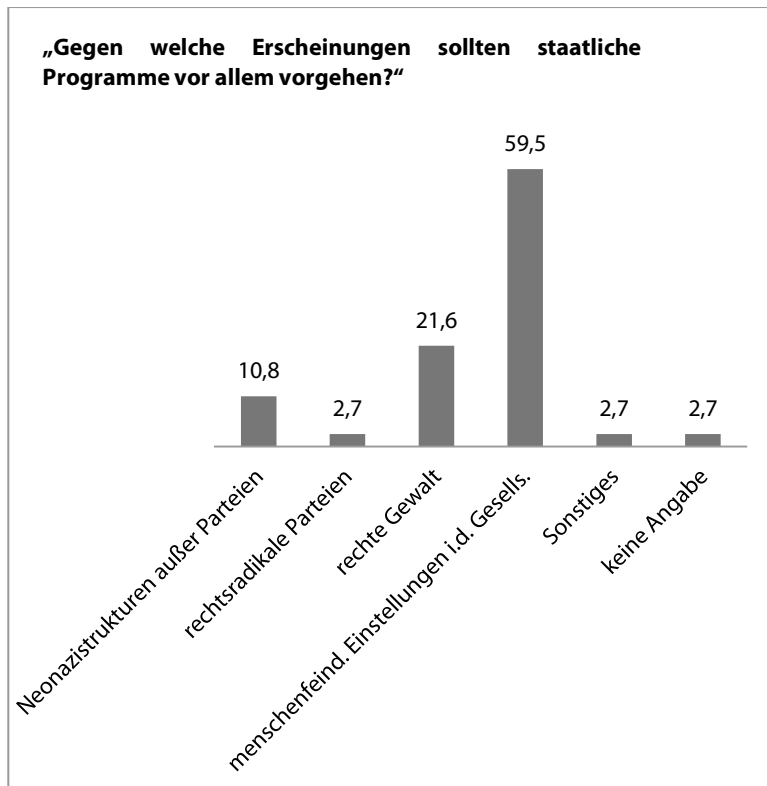
Item	sehr wichtig	wichtig	eher wichtig	völlig unwichtig	keine Angabe
Ich will einfach ein bisschen Spaß haben.	8,5	2,	32,1	46,2	2,8
Mich reizt die Atmosphäre bei solchen Aktionen.	9,4	16	40,6	31,1	2,8

Nur eine untergeordnete Rolle spielen erlebnisbezogene Motive bei den Teilnehmenden (Tabelle 6). Jede bzw. jeder Zehnte gibt an, aus Spaß zu demonstrieren, 1/4 fühlt sich durch die Atmosphäre der Proteste angesprochen.

4.2.3 Politische Einstellungen der Teilnehmenden

Worauf sollten sich staatlich-subventionierte Maßnahmen vorrangig beziehen? (Abbildung 14) Nach Ansicht von knapp 60 Prozent der Befragten sollten „mensenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft“ im Vordergrund staatlicher Programme stehen

Abbildung 14: Einstellung zu staatlichen Programmen in Prozent



21,6 Prozent finden, der Staat müsse vor allem gegen rechte Gewalt vorgehen. Bemerkenswert ist, welches Gewicht rechtsradikalen Parteien beigemessen wird: Nur 2,7 Prozent meinen, staatliche Programme sollten maßgeblich gegen diese agieren. Trotz andauernder NPD-Verbotsdebatte fordern die Aktiven vor allem Maßnahmen zur Eindämmung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Vor dem Hintergrund des Versagens der Behörden im Zusammenhang mit dem NSU-Netzwerk und des bei zivilgesellschaftlichen Kräften häufig umstrittenem Extremismusterminus überrascht die hohe Zustimmung von 68 Prozent zu der Aussage „Unsere Demokratie braucht einen Verfassungsschutz, der über Extremismus aufklärt“ (Tabelle 7). Knapp 30 Prozent lehnen das Item und damit die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes und/oder den Extremismusbegriff eher oder völlig ab.

Ein schlechtes Zeugnis stellen die Befragten der Regierung im Allgemeinen hinsichtlich der aus der NSU-Mordserie abgeleiteten Konsequenzen aus. 86 Prozent glauben nicht, dass die Regierung genügend unternommen hat, um die Wiederholung solcher Taten künftig zu verhindern.

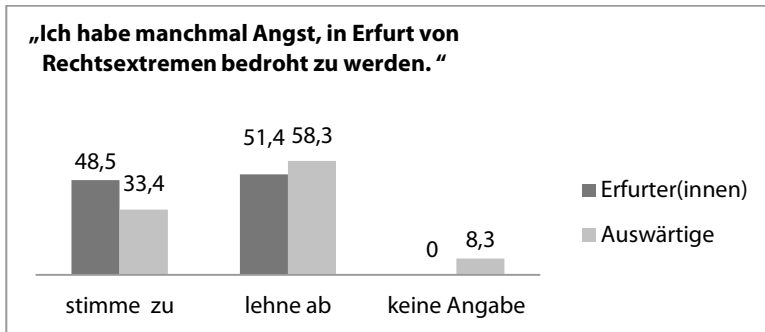
Tabelle 7: Einstellung zu politischen Aussagen in Prozent

Item	sehr wichtig	wichtig	eher wichtig	völlig unwichtig	keine Angabe
Unsere Demokratie braucht einen Verfassungsschutz, der über Extremismus aufklärt.	33	34,9	9,4	18,9	3,7
Die Regierung hat seit dem Bekanntwerden des „NSU“ alles Nötige getan, um so etwas zukünftig zu verhindern.	0	8,5	46,2	39,6	5,7

Eine Vielzahl der Menschen, die den Mut hat, sich gegen Rechts zu engagieren, fürchtet in der Landeshauptstadt rechte Gewalt (Abbildung 15). Fast die Hälfte der in Erfurt Wohnenden hat „manchmal Angst, in Erfurt von Rechtsextremen

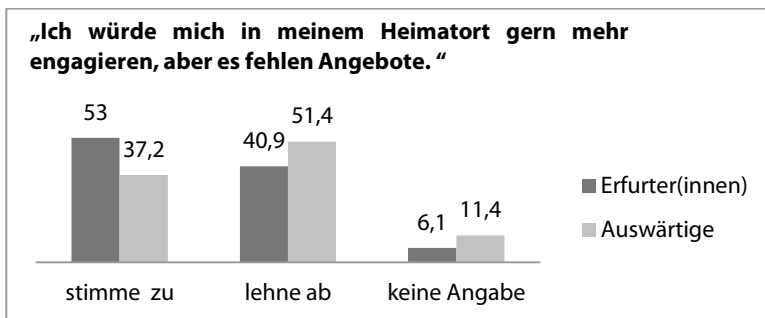
bedroht zu werden“. Unter den Auswärtigen ist der Anteil mit 33,4 Prozent deutlich geringer, auch weil sich 8,3 Prozent von denen kein Urteil darüber zutrauen und „keine Angabe“ wählten.

Abbildung 15: Angst vor rechter Gewalt in Prozent



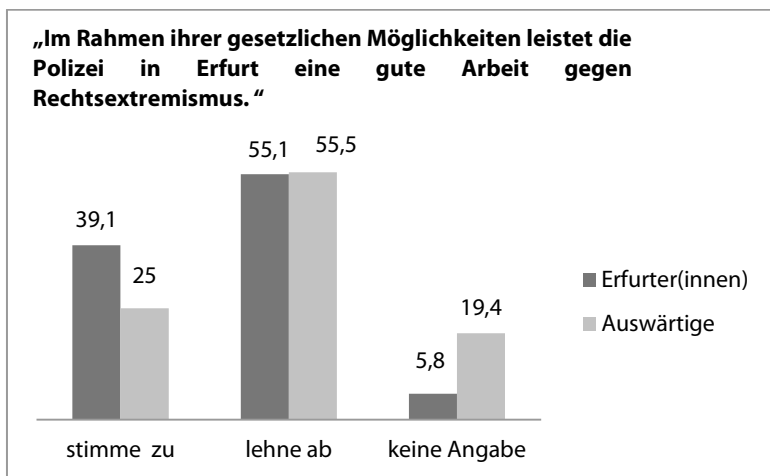
Unter den Protestteilnehmenden ist das Potenzial für fortgesetztes zivilgesellschaftliches Engagement hoch (Abbildung 16). 53 Prozent der Befragten aus Erfurt erklären, sie würden sich in ihrem Heimatort „gern mehr engagieren, aber es fehlen Angebote.“ Trotz konsolidierter Zivilgesellschaft bestehen in Erfurt Ausbaupotenziale. Bei den Auswärtigen ist der Anteil geringer mit 37,2 Prozent. Unklar bleibt, ob die Angebotsstrukturen der jeweiligen Heimatgemeinden eher zufriedenstellen können als in Erfurt – oder ob organisatorisch gebundene Kräfte eher bereit sind, auch außerhalb des eigenen Heimatortes zu protestieren.

Abbildung 16: Zufriedenheit mit Angeboten in Prozent



Die Arbeit der Erfurter Polizei in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird von den Befragten differenziert bewertet (Abbildung 17). 19,4 Prozent der Auswärtigen und knapp sechs Prozent der in Erfurt Wohnenden trauen sich keine Angabe zu. Jeweils etwas mehr als die Hälfte ist nicht der Meinung, dass die Polizei „im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten [...] in Erfurt eine gute Arbeit gegen Rechtsextremismus“ leistet. Gleichwohl stimmen immerhin 39,1 Prozent der in Erfurt lebenden Protestteilnehmenden der Aussage zu.

Abbildung 17: Zufriedenheit mit Arbeit der Polizei in Prozent



Das in sie gesetzte Vertrauen seitens der antinazistisch Engagierten hätte die Erfurter Polizeiführung geringer eingeschätzt. Dies äußerten führende Beamte der Landespolizeiinspektion im Interview und führen zugleich ihre Sicht auf die Gründe des angespannten Verhältnisses aus:

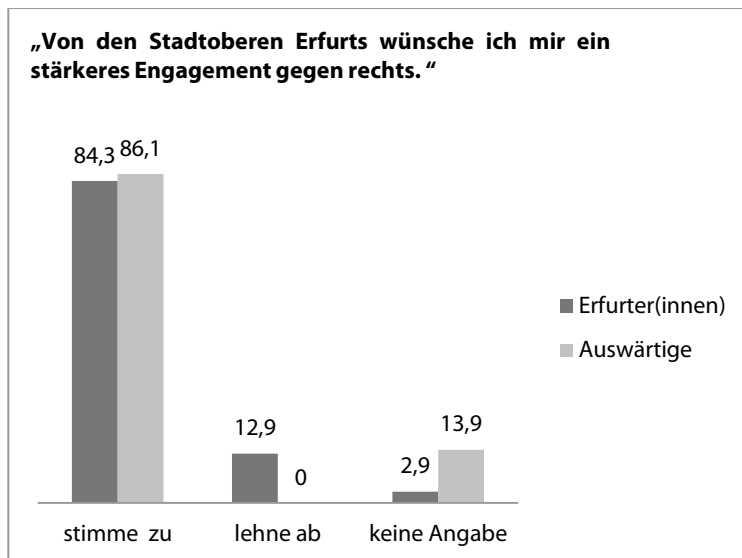
B1: „Ich bin sogar positiv überrascht über die 40 Prozent, um es mal ganz ehrlich zu sagen. Nicht, weil wir selbst unsere Arbeit so schlecht einschätzen, sondern es gibt nach wie vor ein massives Problem aus meiner ganz persönlichen Sicht, das sage ich auch ganz offen, auch ein massives Problem, wo ich politische Unterstützung aus den etablierten Parteien erwarte und nicht erlebe. Das ist die Frage, dass man sich Gedanken macht, wie funktioniert Demokratie eigentlich, wie kann Demokratie funktionieren? [...] Demokratie heißt

Meinungsaustausch und heißt Überzeugung. Und man muss irgendwann mal dazu kommen, dass es aus meiner persönlichen Sicht auch nichts hilft, ganz abgesehen davon, dass es ja rechtswidrig ist, durch massive Störungen, durch Lärm, durch Blockaden usw. – diese große Parole ‚den Nazis keinen Raum‘: Die ist schön, die klingt auch gut und man will sie nicht haben, aber sie ist schlicht und ergreifend mal rechtlich nicht durchsetzbar. Und die widerspricht auch demokratischen Prinzipien und das ist der große Dissens, den wir haben. [...]“

B2: „Aber wir werden an den 40 Prozent weiterarbeiten. Wir stellen uns mal in fünf Jahren 50 Prozent als Ziel. Mal sehen, ob wir es schaffen.“ (Interview 21).

Noch größere Erwartungen für eine Intensivierung der Arbeit gegen rechts werden an die „Stadtoberen“ adressiert (Abbildung 18). 84,3 Prozent der Engagierten aus Erfurt wünschen sich ein stärkeres Engagement, knapp 13 Prozent sind mit den derzeitigen Aktivitäten zufrieden.

Abbildung 18: Zufriedenheit mit dem Engagement der Stadtoberen Erfurts in Prozent



4.2.4 Zusammenfassung: Wer demonstriert gegen rechts?

Die Teilnehmenden unterstützen kollektiv primär die unterschiedlichen, im Protestaufruf (Keinen Meter 2013) formulierten Forderungen, die sich konkretisieren erstens in der Aufforderung „Keinen Meter dürfen Neonazis durch die Stadt marschieren!“, zweitens in der Kritik an der Erfurter Stadtverwaltung und Polizei („[2012] konnten die Nazis in Erfurt offensichtlich problemlos und von der Stadt genehmigt marschieren. Antifaschistischer Protest wurde dagegen immer wieder von der Polizei massiv behindert.“), drittens der Beschwörung des Zusammenhaltes („Wir werden sie stoppen! Gemeinsam.“) und viertens der Artikulation weiterführender Gesellschaftskritik („Doch Nazi-Aufmärsche sind nur die Spitze des Eisberges. Unser Protest und Widerstand richtet sich gegen jede Art von Ausgrenzung und Unterdrückung. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Sexismus und Konkurrenzdenken sind tief in der Gesellschaft verankert.“). Somit hat der Protestaufruf entweder jene angesprochene, die ohnehin dieselben Ziele verfolgen wie die Aufrufenden, oder es wurde eine neue Anhängerschaft von den unterschiedlichen Elementen überzeugt. Weitgehend offen bleibt bei der Itemformulierung eine Gewichtung der Protestgründe, eine inhaltliche Untermauerung der Sozialkritik bzw. Veränderungswünsche und die Untersuchung der fokussierten Strategien, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Hier bestehen große Potenziale für anknüpfende Protestforschungen.

Das sich abzeichnende Bild widerspricht der populären Behauptung, die heutige Jugend sei politisch uninteressiert und engagiere sich nicht. Für den betrachteten Protestzusammenhang stellt sie vielmehr das Rückgrat dar: dies aber nicht ohne Einschränkungen, denn Jugendliche und junge Erwachsene ohne oder mit Haupt- bzw. Regelschulabschlüssen stellen die Ausnahme dar. Formelles Bildungsniveau indiziert in dem vergleichsweise undurchlässigen deutschen Bildungssystem nicht zuletzt die soziale Herkunft. Von Demokratieentfremdung kann bei den Aktiven keine Rede sein: Nur eine Minorität der Befragten positioniert sich gegenüber den Parteien ausdrücklich distanziert. Während unter den Befragten kaum bürgerlich-konservative Wählerinnen und Wähler zu finden sind, gehören viele zum rot-rot-grünen Milieu. Die mobilisierten Antinazi-Engagierten des Erfurter „Keinen-Meter“-Bündnisses spiegeln hinsichtlich der

Alters- und Bildungsverteilung nicht die Normalverteilung der Bevölkerung wider. Das Bewegungsmilieu ist mehrheitlich jung, akademisch geprägt und sympathisiert mit linken und grünen Parteien. Untereinander sind sie v.a. persönlich gut vernetzt und engagieren sich mehrheitlich eher gelegentlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie verbindet ein Grundverständnis aus gesellschaftskritischem Bewusstsein, antinazistischem Pragmatismus und inklusiver Solidarität. Potenziale bestehen vor allem darin, Protestteilnehmenden organisatorische Integrationsräume zu eröffnen und diese in die kontinuierliche Auseinandersetzung einzubeziehen.

Im nächsten Kapitel wird dargestellt, welche extrem rechten Strukturen in Erfurt das Zusammenleben bedrohen.

5. Angebotsstrukturen der extremen Rechten in Erfurt

Angebotsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus umfassen sowohl die organisatorischen Strukturen der Rechtsextremen im lokalen Kontext als auch die Formen und Inhalte ihrer Aktivitäten, die auf Rekrutierung, Stabilisierung und Ausbau ihrer Aktionsfähigkeit zielen. Ihr Ziel ist letztendlich eine „kulturelle Hegemonie“, um eine „revolutionäre Situation ... zugunsten eines autoritären, völkischen Systems“ zu schaffen (Heitmeyer et al. 2009: 11). Das Spektrum der Angebotsstruktur reicht dabei von Postwurfsendungen, Infoständen, Wortergreifungsaktionen über Veranstaltungen bis hin zum Schaffen von Treffpunkten und anderen Szene-Immobilien.

Für die Erfassung der organisatorischen Strukturen bietet sich eine Typisierung der agierenden Kräfte an, indem zwischen formell und informell organisiertem Rechtsextremismus unterschieden wird (ebd.: 21) und Akteurinnen und Akteure im sub- und jugendkulturellen Feld betrachtet werden. Diese die Angebotsstrukturen gliedernde Betrachtung ist trotz personeller Überschneidungen innerhalb der Bewegungsfamilie⁸ sinnvoll, da neben den Vergemeinschaftungsformen auch die Strategien der agierenden Rechtsextremen unterschiedliche sind – je nachdem, ob sie ihre Erfolge in Wahlergebnissen, dem Schaffen von Angstzonen, Verkaufszahlen von Tonträgern o.a. sehen.

Diese mannigfachen Strategien können in unterschiedlichen Kontexten zu verschiedenen Geländegewinnen führen. Das Feld des formell organisierten Rechtsextremismus umfasst neben rechtsextremen Parteien auch über Satzungsstrukturen und Mitgliedschaft organisierte Gruppierungen wie etwa rechtsextreme Burschenschaften und Vereine. Im Feld des informell organisierten Rechtsextremismus ist es häufig ungleich schwerer, die handelnden Personen zu

⁸ Bewegungsfamilien sind wie folgt definiert: „Social movement studies have suggested the term ‚movement families‘ to identify ‚a set of coexisting movements, which, regardless of their specific goals, have similar basic values and organizational overlaps, and sometimes may even join for common campaigns““. (Della Porta and Rucht 1995, zitiert in: Della Porta 2013: 74).

identifizieren, da förmliche Strukturen und Mitgliedschaften im Hinblick auf polizeiliche Ermittlungen vermieden und gelegentlich offen abgelehnt werden. Zudem ist die organisatorische und personelle Fluktuation in diesem Bereich deutlich höher. Binnenverhältnisse und ggf. Konflikte zwischen Gruppen und Strömungen haben maßgeblichen Einfluss darauf, welches Integrationspotenzial rechte Organisationen haben und wie ihnen die öffentliche Darstellung gelingt.

5.1 Formell organisierte Strukturen in Erfurt

Wahlparteien stellen klassische formell organisierte Strukturen im rechtsextremen Spektrum dar. Nach der deutschen Vereinigung versuchten verschiedene extrem rechte Parteien, in Thüringen Fuß zu fassen. Die wenigsten konnten erfolgreich Neonazis fest organisieren. Skinheadcliquen und neonazistische Kameradschaften waren für viele junge Rechtsextreme attraktiver. In Thüringen sind die rechtspopulistischen REPUBLIKANER, die nationalistische DEUTSCHE PARTEI sowie die DVU und die NPD zu Wahlen angetreten. Bis auf letztere sind diese derzeit nicht wahrnehmbar (REP), nicht existent (DP) oder in der NPD aufgegangen (DVU). Aufgrund der inhaltlichen Radikalisierung und der Öffnung der NPD gegenüber Neonazis und rechten Subkulturen wird diese seit 1997 als offen systemfeindlich eingeschätzt (Stöss 2010). Vereinzelt waren in der Vergangenheit Bestrebungen von Thüringer Rechtsextremen zu beobachten, lokale Splitterparteien zu gründen, etwa in Hildburghausen (BZH) und Erfurt (PRO ERFURT).

5.1.1 NPD Kreisverband Erfurt-Sömmerda

Vorsitzender des „NPD Kreisverband Erfurt-Sömmerda“ und einziger Abgeordneter einer rechtsextremen Partei im Erfurter Stadtrat ist der 69-jährige Frank Schwerdt. Er war bis 2012 langjähriger Vorsitzender des NPD-Landesverbandes in Thüringen und ist stellvertretender Bundesvorsitzender. Andere Posten im Kreisvorstand der Partei wurden 2013 neu besetzt. Als stellvertretende Kreisvorsitzende fungiert Gaby Zellmann (zuvor: Renè Zimmermann; zeitweilig hatte Steffen Bauer dieses Amt inne). Schatzmeister ist

Rico Weichert (zuvor: Jens Zschirpe) (NPD Kreisverband Erfurt 2013). Weichert ist Student und soll Aussagen lokaler Antifa-Aktivisten zufolge als Mitglied im Fanbereich des Fußballvereins FC Rot-Weiß Erfurt aktiv sein. Zellmann gilt als eine der aktivsten rechtsextremen Frauen im Freistaat. Sie ist Mitbegründerin des Thüringer Landesverbandes der NPD-Organisation „Ring Nationaler Frauen“, Mitglied in dessen Bundesvorstand sowie aktiv im NPD- Kreisverband Eichsfeld (Budler 2013). Die 1961 geborene Diplom-Mediatorin hat sechs Kinder und nahm bei der Bundestagswahl 2013 den siebten Listenplatz der NPD- Landesliste ein. Sie soll mehrere Jahre als selbstständige Tagesmutter gearbeitet haben (NPD Eichsfeld 2012).

Erst auf den zweiten Blick als NPD-Werbung zu erkennen ist die von der Partei in Erfurt, im Internet und durch Postwurfsendungen verbreitete Minizeitung „Bürgerstimme“. Es handelt sich um eine thüringenweit verteilte Regionalzeitung mit offen rassistischen und populistischen Beiträgen. Auf der ersten und der letzten Seite werden lokale Themen aufgegriffen, der Innenteil ist landesweit identisch. Zudem werden Beiträge der Internetseite des NPD-Kreisverbandes in der „Bürgerstimme“ abgedruckt. Verfasst sind alle Beiträge von einer Landesredaktion, die im Wesentlichen aus Thüringer NPD-Kadern besteht. Insgesamt wurden bisher 15 Ausgaben verbreitet. Darüber hinaus macht die NPD mit Infoständen, Flugblättern, Wahlplakaten und verteilten CD's auf sich aufmerksam. Auffällig ist, dass sich diese Aktivitäten auf die Plattenbausiedlungen konzentrieren, insbesondere im Süd-Osten im Bereich der Ortsteile Herrenberg und Wiesenhügel.

Szenekennerinnen und -kenner schätzten das Personenpotenzial der NPD in Erfurt im Sommer 2013 auf 5–15 Aktive. Seit September 2013 befindet sich der Kreisverband personell im Aufwind, weil wichtige Führungskräfte des rechtsextremen Vereins „Pro Erfurt“ mit Verbindungen in den informell und subkulturell formierten Rechtsextremismus die Partei unterstützen.

5.1.2 (Ex-)Pro Erfurt & Pro Jugend

Pro Erfurt ist ein eingetragener Verein, hinter dem vor allem frühere Erfurter NPD-Kader und Neonazis stehen. Gegründet wurde er unter maßgeblicher Teilhabe von Kai-Uwe-Trinkaus, dessen Tätigkeit als V-Person des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz im Dezember 2012 bekannt wurde. Die Machenschaften von Trinkaus und die zweifelhafte Rolle des Nachrichtendienstes sind Gegenstand des Untersuchungsausschusses 5/2 im Thüringer Landtag. Dieser soll Aufschluss geben über die:

„[e]rfolgte Bespitzelung, Herabwürdigung und Infiltration von Parteien, Fraktionen und Vereinen durch einen als V-Mann geführten führenden Neonazi mit Wissen und/oder Zustimmung des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Thüringer Landesregierung und deren Umgang mit erlangten Informationen über Aktivitäten und Straftaten der extremen Rechten in Thüringen“ (Thüringer Landtag 2013).

Bei den Oberbürgermeisterwahlen 2012 in Erfurt stellte Pro-Erfurt Christoph Pilch auf, der sich im Internet mit SS- und Reichskriegssymbolen präsentierte, jedoch nicht die nötigen Unterstützungsunterschriften erlangte, um auf den Wahlzetteln zu erscheinen. Als Partner wurden die rechtsextreme und offen antiamerikanisch und antisemitisch auftretende „Europäische Aktion“ und die rechtsextreme „Wählergemeinschaft Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) angeführt. Pro-Erfurt präsentiert sich vor allem auf Facebook.

Der Verein wurde infolge von Streitigkeiten und Spaltungen in der Erfurter Szene gegründet. Im Sommer 2013 konnte eine erneute Spaltung beobachtet werden, bei der einflussreiche Kräfte des Vereins die NPD (wieder) offensiv unterstützten. Die noch im Jahr 2012 gefällte Einschätzung, es sei „keine Kooperation zwischen „Pro Erfurt e.V.“ und dem Kreisverband der NPD zu beobachten“ (Quent und Baumann 2012: 13), ist nunmehr hinfällig. Während sich Teile von „Pro Erfurt“ der NPD angeschlossen haben, ist der Verein weiterhin selbstständig aktiv. Zum Verein gehörende Profilsseiten in sozialen Netzwerken verbreiten weiterhin insbesondere Positionen und Wahlkampfmedien der Partei „Alternative für

Deutschland“ (AfD). Ebenso werden Beiträge des rechtsextremen Internetblogs „PI News“ und der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit Thüringen“ verbreitet.

Nach Angaben des polizeilichen Staatsschutzes ist Pro Erfurt ursprünglich aus den „Freien Kräften Erfurt“ hervorgegangen. Dem ständigen Umfeld von Pro Erfurt werden 20–30 Aktive zugerechnet, darunter fünf bis zehn Führungskräfte im „harten Kern“. Die Mobilisierungsfähigkeit bei Versammlungen von Pro Erfurt insgesamt wird auf etwa 50 Personen geschätzt. Andere Quellen berichten von 50–75 Personen. Bis zum Redaktionsschluss der Lokalstudie im Oktober 2013 behielt die Feststellung der Erfurter Polizei Gültigkeit, dass „jetzt, dadurch dass es mit der NPD verschwimmt, sind konkrete Zahlen, wer jetzt zu welchem Lager direkt gehört, schwer zu sagen.“ (Interview 21). Auslöser für die neuerliche Spaltung der rechtsextremen Szene in Erfurt war nach polizeilicher Beobachtung der Auftritt von Enrico Biczysko bei einer NPD-Kundgebung am 17. August 2013 in Erfurt:

„Da sind wohl etliche ausgestiegen und der Rest scheint sich jetzt, mit aller Vorsicht, in Richtung NPD wieder zu orientieren. Da haben wir ja auch nur die öffentlichen Quellen. Das muss man auch mal dazu sagen, also das, was die selbst veröffentlichen, was wir lesen, was öffentlich zugänglich ist.“ (ebd.).

Die Polizeibeamten berufen sich dabei neben rechtsextremen Plattformen insbesondere auf einen Artikel der „Antifaschistischen Koordination Erfurt“ (AKE), in dem berichtet wurde, Enrico Biczysko und weitere ehemalige Pro Erfurt-Aktivisten unterstützten den NPD Bundestagswahlkampf, während andere sich für die AfD einsetzten (Antifaschistische Koordination Erfurt 2013). Enrico Biczysko und sein Umfeld gelten als die treibenden Kräfte hinter rechtsextremen Veranstaltungen in der Kammwegklausen (Seite 65).

5.1.3 Sportverein „Mach dich fit e.V.“

Im Frühjahr 2012 wurde bekannt, dass in Erfurt ein rechtsextremer Kampfsportverein existiert (Grecik 2013). Der Verein wurde nach Angaben des Thüringer Innenministeriums bereits im Oktober 2011 im Vereinsregister unter

der Nummer VR 2681 aufgenommen. Wie der Innenminister ausführt, handelt es sich „bei den im Gemeinschaftssportverein ‚Mach dich Fit e.V.‘ verantwortlich aktiven Mitgliedern [...] mehrheitlich um bekannte Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums. Diese sind überwiegend bei der Gruppierung ‚Pro Erfurt‘ aktiv.“ (Thüringer Innenministerium 2013). Zudem werden die rechtsextremen Vereinsmitglieder der Begehung massiver Straftaten verdächtigt, darunter Bedrohung, besonders schwerer Fall des Diebstahls, besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs, Führung von Waffen, gefährliche Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Raub, räuberische Erpressung, Sachbeschädigung, schwerer Raub, uneidliche Falschaussage, Verstoß gegen das Waffengesetz, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Der Sportklub soll Boxtrainings angeboten und an öffentlichen Fußballturnieren teilgenommen haben. Zeitweise war der Verein Mitglied im „Stadtportbund Erfurt“ und im „Landessportbund Thüringen“ (ebd.).

5.1.4 Alternative für Deutschland

Im Bundestagswahlkampf 2013 trat auch in Erfurt die im Februar 2013 gegründete Partei AfD in Erscheinung, die im Verdacht steht, rechtsextreme Ideologiefragmente zu transportieren. Offenkundige Sympathiebekundungen lokaler rechtsextremer Vereinigungen für die AfD legen dies nahe. Da noch kein Parteiprogramm existiert, innerparteiliche Flügelkämpfe bestehen und Daten über das Wählermilieu fehlen, steht eine abschließende Bewertung der politischen Ausrichtung aus. Häusler (2013: 93) resümiert in der ersten Untersuchung zur Partei, „dass [sich] die AfD hinsichtlich ihres aktuellen Erscheinungsbildes als eine Partei [mit] sowohl neoliberalen wie auch national-konservativen Einflüssen darstellt, die auf der politischen Skala als rechts von der Union stehend mit Tendenzen zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung gedeutet werden kann.“ Aufgrund der ideologischen Nähe zwischen lokalen Rechtsextremen und der AfD ist die kritische Betrachtung weiterer Entwicklungen geboten – auch und besonders, weil der AfD nach Stand der Ergebnisse der

Bundestagswahl 2013 zu den Landtagswahlen 2014 in Thüringen der Einzug in das Parlament gelingen würde.

5.1.5 Weitere Parteien der extremen Rechten

Bei den Bundestagswahlen 2013 sind die REPUBLIKANER durch Plakatwerbung in Erscheinung getreten. Eigene Strukturen in der Landeshauptstadt sind nicht bekannt. Die noch im Zusammenhang mit den Landtagswahlen 2009 in Erfurt präsente DVU ist 2011 bundesweit mit der NPD fusioniert.

2013 stellte die islamfeindliche Partei „Pro Deutschland“ den Erfurter Rechtsanwalt Dr. Roland Kleinhenz zum Spitzenkandidaten auf, schaffte es aber nicht, die nötigen Unterstützungsunterschriften aufzubringen, um im Freistaat bei den Bundestagswahlen anzutreten. Auf seiner öffentlichen Facebook-Seite schreibt Kleinhenz u.a. „Heil Deutschland!“ und „Vor 70 Jahren, 11. November 1942, letzter Großangriff deutscher Sturmpioniere in Stalingrad. In ehrendem Gedenken!“. Er gibt an, dass ihm u.a. das rechtsextreme Erfurter Bekleidungsgeschäft „Patriot“, „Pro Erfurt“ und die „2. SS-Panzer-Division Das Reich“ gefällt. Letztere trug im Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für mehrere Kriegsverbrechen, u.a. für das Massaker von Oradour, bei dem 642 Menschen getötet wurden. Zu seinen Facebook-Freunden gehören Enrico Biczysko (siehe nächstes Unterkapitel) und weitere Rechtsextreme.

5.1.6 Bewegungsunternehmer mit Scharnierfunktion:

Enrico Biczysko

In den Interviews betonen antinazistische Kennerinnen und Kenner ebenso wie die Polizei die hervorgehobene Bedeutung von Enrico Biczysko für die rechte Szene der Landeshauptstadt. Die Forschung zu Neuen Sozialen Bewegungen weist auf die prägende Rolle von „Bewegungsunternehmern“ („political bzw. social entrepreneurs“) hin, denen eine Schlüsselrolle in der Formierung und Integration von Bewegungen zukommt. Eine solche Funktion übernimmt Biczysko für die rechtsradikale Szene Erfurts. Er fungiert als Scharnierperson zwischen den formell, informell und jugend- bzw. subkulturell organisierten

Rechtsextremen in der Landeshauptstadt – seine Rolle wird beschrieben als „Schnittstelle“ (Interview 19) zwischen Pro Erfurt bzw. freien Kräften, NPD, Aktionsgruppe Weimarer Land sowie rechten Fußballfans und Hooligans im Umfeld der Gruppen „Kategorie Erfurt“, „Hoonara Erfurt“⁹ und „Erfurt Hooligan Klub“. Er ist zudem Inhaber des Kleidungslabels „Patriot Erfurt“, zu dessen Logo ein Zahnrad im Stil der verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) gehört. Unter der Adresse „Tungerstraße 1“ betreibt Biczysko eigenen, unbestätigten Angaben zufolge ein Bekleidungsgeschäft mit der eigenen Marke (Seite 65).

5.2 Auswärtige Akteure

Für die „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten hat die Landeshauptstadt hervorgehobene Bedeutung. Im Allgemeinen verfolgen Rechtsextreme bei öffentlichen Versammlungen multiple Ziele. Virchow (2006) unterscheidet zwischen intendierter Außenwirkung und der Wirkung nach innen. Für die Teilnehmenden soll ein Emotionskollektiv geschaffen werden, welches der Rekrutierung neuer Bewegungsmitglieder und der Stabilisierung der kollektiven Identität der Bewegung dient. Es werden Sympathisierende eingebunden, Nachwuchskader für die Bewegung ausgewählt und bei diesen spezifische Weltbilder formiert. Zudem bieten Versammlungen die Gelegenheit, um Gesinnungskameradinnen und -kameraden kennenzulernen, Freundschaften zu schließen und zu pflegen. Indem sich die Teilnehmenden öffentlich zur Bewegung bekennen, wird die Bindung zur Szene erhöht, das Provokationsbedürfnis rechtsorientierter Jugendlicher erfüllt und ein Gefühl der Gemeinschaft initiiert. Nicht minder wichtig für den Fortbestand von Gruppen ist es, ihren Mitgliedern und Sympathisierenden gegenüber Handlungsfähigkeit zu beweisen und den Habitus „soldatischer Männlichkeit“ einzuüben und zu stabilisieren. In die Gesellschaft hinein bezwecken kollektive politische Meinungsbekundungen der Rechtsextremen zum einen, öffentlich die Existenz einer nationalsozialistischen Bewegung zu demonstrieren und deren politische Standpunkte zu vermitteln. Zum anderen soll der politischen Gegnerschaft und

⁹ Selbstbezeichnung *Hoonara: Hooligans, Nazis, Rassisten*

staatlichen Institutionen gezeigt werden, dass diese Bewegung Aufmerksamkeit fordert und in der Lage ist, Druck auszuüben (ebd.: 88ff).

Als Landeshauptstadt hat Erfurt für die Darstellung und Machtdemonstration der rechtsextremen Bewegung eine besondere Bedeutung, die sich in dem großen Anteil rechtsextremer Versammlungen ausdrückt, die von auswärtigen Rechtsextremen organisiert und angemeldet werden. Vor allem der in Eisenach ansässige Landesverband der Thüringer NPD tritt dabei in Erscheinung. Auch die Anmelder und Organisatoren der „Aktionsgruppe Weimarer Land“, die für die rechtsextreme Demonstration am 1. Mai 2013 verantwortlich waren, verfügen zwar über gute Kontakte in die rechte Szene Erfurts, haben ihren Lebensmittelpunkt aber im Weimarer Land. Als Anmelder mehrerer Versammlungen in Erfurt im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 2013 fungierte der NPD-Landesvorsitzende Patrick Wieschke. Die Partei hofft, von der ständigen Präsenz medialer und politischer Öffentlichkeit in der, überdies verkehrstechnisch günstig angebundenen und zentral gelegenen Landeshauptstadt profitieren zu können. Vor diesem Hintergrund wird sich die Stadtgesellschaft weiterhin mit der Demonstrationspolitik der Rechtsextremen auseinandersetzen müssen.

5.3 Informell organisierter Rechtsextremismus in Erfurt

Die Neonazi-Szene reagierte bundesweit mit den Gründungen freier Kameradschaften auf eine staatliche Repressions- und Verbotschwelle in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Richtungsweisend waren linke außerparlamentarische Gruppen. Deren Vorbild folgend hoffte man, durch den Verzicht auf Parteibücher und Mitgliedsausweise für staatliche Repression weniger angreifbar zu sein (Schedler 2011: 18). In Thüringen stellen Kameradschaften heute neben der NPD die zentrale Organisationsform der extremen Rechten dar.

Aufgrund personeller Überschneidungen, Fluktuation und häufigen Namenswechsel ist die informell organisierte rechte Szene in Erfurt für Außenstehende unübersichtlich. Dies ist von den in ihr agierenden Personen intendiert, um die Zu- und Einordnung, Repression und Intervention gegen

Strukturen zu erschweren. So sind die ehemaligen „Freien Kräfte Erfurt“ (FKE) in „Pro Erfurt e.V.“ und die NPD aufgegangen. Das vom Thüringer Innenministerium als „lockerer Personenzusammenschluss“ eingeschätzte „Aktionsbündnis Erfurt“ ist vor allem im Internet präsent. Die Gruppe um den Neonazi Heiko Z. unterstützt die NPD und wird von zivilgesellschaftlich Engagierten auch für mehrere rechtsextreme Graffitis (bspw. Hakenkreuze) im Stadtgebiet verantwortlich gemacht. Nach Einschätzung lokaler Szenekennerinnen und -kenner liegt das Mobilisierungspotenzial des „Aktionsbündnis Erfurt“ bei 25–30 Personen, wobei von Überschneidungen zu anderen Cliques und Strukturen auszugehen ist.

5.3.1 Rechte Cliques

In Erfurt existieren diverse rechte Cliques, die nur gelegentlich politisch in Erscheinung treten und ihre politische Überzeugung selten kollektiv, sondern vielmehr individuell durch ihr Outfit oder verbale Äußerungen (häufig Beleidigungen) kommunizieren. Überschneidungen zum organisierten Rechtsextremismus sind keine Seltenheit, vernetzte rechte Cliques v.a. im Fußballfanmilieu sind für rechtsextreme Bewegungsunternehmer in der Landeshauptstadt mobilisierbar, insbesondere für aktions- und gewaltorientierte Aktivitäten (bspw. um Versammlungen oder Infostände vor der politischen Gegnerschaft zu schützen). Subkulturell geprägte Neonazis wurden zudem mehrfach in den Wohngebieten Berliner Platz und Roter Berg beobachtet, ohne allerdings erkennbar politische Strategien zu verfolgen. Die von solchen Gruppierungen ausgehende Bedrohungswirkung ist dennoch für die Entwicklung der lokalen demokratischen Kultur nicht zu vernachlässigen, weil bereits die Präsenz und gewaltbereite Aura einschüchternd und beängstigend wirkt. Zudem rekrutiert sich der rechtsextreme Nachwuchs aus solchen Cliques und Sympathisantengruppen, zu denen bis vor einigen Jahren Enrico Biczysko gehörte – einer der heutigen Hauptakteure der lokalen rechten Szene.

5.3.2 Verbindungen in die Fußball-Szene

Einzelne Fangruppen des FC Rot-Weiß Erfurt sind dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen, wie das Fanprojekt Erfurt berichtet. Es nennt im Besonderen die etwa 30–50 Personen umfassende Gruppe „Kategorie Erfurt“ (KEF). Aus deren Reihen sind mehrere rechtsextrem motivierte Gewalttaten dokumentiert. Das Deutschrap-Lied „Rot-Weiße Mörder 2“ von KEF mit „ECE, SoM, Baggio one & Hirnspalt“ wird u.a. über YouTube und Myplace verbreitet. Im Text heißt es zwischen detaillierten Gewaltdarstellungen „Zeiss-Schwein, Zeiss-Schwein verrecke – du blau-gelb-weiße Zecke¹⁰, du wirst verrecken, wenn ich dich entdecke, bleibst du auf der Strecke ...“. Die KEF ist verantwortlich für den „Gewalttäter Cup Sport 2011“, ein Fußballturnier, an dem auch andere rechtsextreme Hooliangruppen teilnahmen. 2009 wurde das Gebäude des Jenaer Fanprojekts mit Hakenkreuzen, antisemitischen und neonazistischen Slogans besprüht, unterzeichnet mit dem Kürzel „KEF“. Mitglieder konnten im Februar 2012 bei einer extrem rechten Demonstration in Weimar gesichtet werden, die u.a. von der „Aktionsgruppe Erfurt“ unterstützt wurde. Wie die Erfurter Polizei auf Nachfrage berichtet, durchmischen sich Fußballfans und Rechtsextreme im Alltag; Sympathien und Überschneidungen sind nicht ungewöhnlich. Darüber hinaus beobachteten die Beamten eine Jugendgruppe, die sich „Nationale Hooligans“¹¹ nennt und in Erfurt weitgehend unbekannt zu sein scheint. Ein führender Beamter der LPI Erfurt charakterisiert die Gruppe und deren Habitus:

„Nationale Hooligans‘: Das ist so eine Jugendgruppe, stehen eigentlich außerhalb vom Stadion meistens, aber das würde ich jetzt auch nicht als rechtsorientierte Organisation betrachten. Das sind relativ junge Leute, mit einem gewissen Gewaltpotenzial und dem ganzen Verhalten, was dann dahinter steckt. Und in diesem aggressiven Verhalten haben die immer rechte Tendenzen mit drin. Da kommen auch mal solche Rufe oder so was, wo sie immer mal auffallen – aber auch nicht, dass das eine Organisation wäre, die möglicherweise sogar vielleicht in der Lage, über ihr Treffen, wo sie

¹⁰ Mit dem Begriff „Zecke“ titulierte die extreme Rechte (vermeintliche) Angehörige der politischen Linken.

¹¹ Angeblich auch unter dem Pseudonym „29“.

dann geballt zum Beispiel beim Fußball auftreten, hinaus öffentlichkeitswirksam Veranstaltungen zu organisieren. Das packen die nicht. Die pöbeln, die ziehen ihr Ding durch und da ist alles gemischt mit drin.“ (Interview 21).

5.3.3 Bands

Dem Raum Erfurt werden verschiedene Rechtsrockbands zugeordnet, auch wenn deren Mitglieder zum Teil aus umliegenden Gemeinden stammen, wie bei der seit Jahren aktiven Gruppe „PAK 88“, von der zwei Mitglieder in Erfurt gewohnt haben, mittlerweile aber nach Crawinkel¹² umgezogen sein sollen. Nach Beobachtungen des polizeilichen Staatsschutzes findet zwischen den Szenebands ein großer personeller Austausch statt:

„Diese Band, die gibt es mal, dann gibt es sie wieder mal nicht. Also die tauschen sich untereinander aus, also dass Pak 88 dann bei einer anderen Band zweie mitspielen und von den spielt wieder einer da und dadurch, ob sie das jetzt absichtlich, das weiß ich nicht, damit wir den Überblick verlieren oder so“. (Interview 21).

Der Name der rechten Szeneband setzt sich aus der Bezeichnung einer deutschen Panzerabwehrkanone der Wehrmacht und dem Zahlencode 88 (HH = Heil Hitler) zusammen. Die Band tritt vor allem bei klandestin organisierten Konzerten in Thüringen auf. Darüber hinaus wird die neonazistische Band „Last Man Standing“ dem „Raum Erfurt“ zugeordnet (Thüringer Innenministerium 2011).

5.3.4 Szeneläden und Treffpunkte

Rechtsextreme stellen Angebote für rechtsextremistische Jugend- und Subkulturen bereit, die besonders für die Attraktivität der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ (Glaser und Pfeiffer 2013) bedeutend sind. Dazu gehören u.a. Infrastrukturen – bspw. Läden für Szenebekleidung oder Veranstaltungsorte.

¹² In dem Ort im Landkreis Gotha besitzen Neonazis seit Dezember 2011 eine als „Hausgemeinschaft Jonastal“ benannte Immobilie.

Während 2009 in Erfurt noch drei Läden mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund existierten, die diverse Szeneartikel und Kleidung anboten, vertreibt 2012 nur noch der Laden „Trondheim“ in der zentralen Neuwerkstraße rechtsextreme Kleidung und Devotionalien. Das 2009 eröffnete Geschäft wird auf der Website der rechtsextremen Szene-Marke „Thor Steinar“ als eine von derzeit bundesweit 12 Filialen geführt. Im Sommer 2013 gründete zudem der Erfurter Neonazis Enrico Biczysko eigenen Angaben zufolge das Kleidungslabel „Patriot“ und vertreibt die Artikel über das Internet und in einem Laden in der Erfurter Tungerstraße 1.

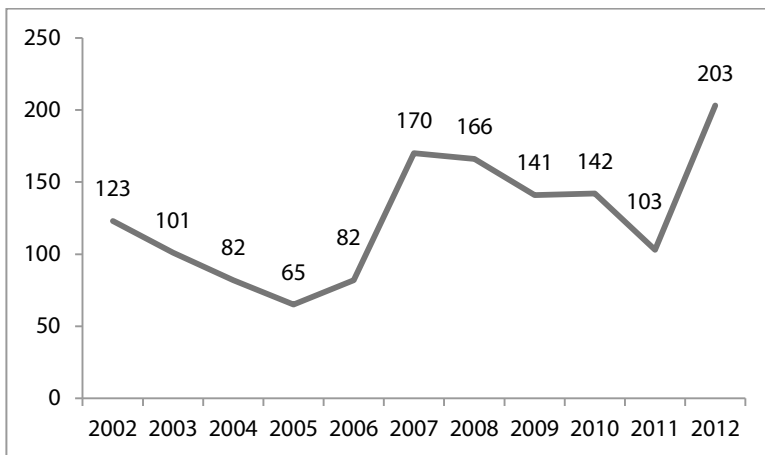
Unter der Adresse im Erfurter Plattenbauviertel Herrenberg firmiert auch das Lokal „Kammwegklaus“, in dem mehrere neonazistische Liederabende, Konzerte und Versammlungen beobachtet wurden. Für den Betrieb dieses derzeit wichtigsten Treffpunkts der extremen Rechten in Erfurt wird Enrico Biczysko und sein politisches Umfeld verantwortlich gemacht. Darüber hinaus nannten die lokalen Szenekennerinnen und -kenner weitere Etablissements, die auch von Rechtsextremen besucht werden. Darunter sind Kneipen und Gaststätten in der Johannesvorstadt und Daberstedt, ein Getränkemarkt am Berliner Platz, eine Bar in der Altstadt und ein Klub in Erfurt Bindersleben.

5.4 Straf- und Gewalttaten als Strategie

Gewalt ist ein integraler Bestandteil des manifesten und organisierten Rechtsextremismus. Wird Gewalt gebilligt, bagatellisiert oder ignoriert, bedeutet das nicht nur, dass Opfer allein gelassen werden, sondern begünstigt auch die schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus. Für dessen Akteurinnen und Akteure ist die Frage nach Formen und Intensität von Gewalt allenfalls eine strategische – bis hin zum Terrorismus (Funke 2012b). Rechtsextreme Gewalt ist zu verstehen als „ein ideologisch und sozialpsychologisch gegründeter Handlungskomplex, der motivational aus weltbildlichen Definitionen entspringt und im Sinne des Rechtsextremismus intendiert und funktional ist“ (Wagner 2001: 161). Es handelt sich dabei nicht um einen entpolitisierten „Kampf rivalisierender Jugendbanden“, sondern um einen „ideologisch gegründete[n] Kampf gegen

Feinde, um Raumordnung“ (ebd.). Für diese politische Dimension rechtsextremer Botschaftstaten ist es nicht nötig, dass die Täter(innen) einer Gewalttat deren tiefere Bedeutung und Wirkung verstehen oder intendieren. Die Botschaft ist für Betroffene und gefährdeten Gruppen unmissverständlich, selbst wenn die Täter(innen) die Tragweite nicht verstehen sollten. Bezogen auf den Landesdurchschnitt stellte Edinger bereits 2010 eine „weit überproportionale Belastung mit rechtsextremen Straftaten“ für Erfurt fest (Edinger 2010: 44). Dieser Trend hat sich zuletzt weiter verstärkt. Wie in Abbildung 19 zu sehen ist, wurde 2012 im Zuständigkeitsbereich der Landespolizeiinspektion Erfurt nach Angaben des Thüringer Landeskriminalamtes¹³ der höchste Wert rechtsextremer Straftaten seit zehn Jahren registriert.

Abbildung 19: Entwicklung PMK rechts im Zuständigkeitsbereich der LPI Erfurt in absoluten Zahlen



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Angaben des TLKA

Im Vorjahresvergleich hat sich die Zahl fast verdoppelt. In keiner anderen Region in Thüringen ist eine annähernd ähnliche Entwicklung zu beobachten. Es ist daher nicht wahrscheinlich, dass der Anstieg durch gesteigerte Sensibilität infolge der Selbstenntarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes und der erhöhten

¹³ Für die gute Zusammenarbeit bei der Aufbereitung der Fallzahlen zur PMK danke ich der Pressestelle des TLKA herzlich.

Öffentlichkeit für das Thema Rechtsextremismus zu erklären ist. Die Erfurter Polizei allerdings stellt selbst fest, dass die Bevölkerung ebenso wie die eingesetzten Polizeikräfte nach dem rechtsextremen Überfall auf das Erfurter Kunsthaus im Sommer 2012 (Seite 70) für das Thema sensibilisiert wurden, wie Polizeibeamte im Interview angaben (Interview 21):

B1: „Dadurch, dass die Bevölkerung natürlich entsprechend sensibler geworden ist, dann auch durch die Vorfälle, die wir in der Lage hatten, Kunsthaus ist schon angesprochen worden, wurde auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit seitens der Polizei betrieben und dadurch hat man gemerkt, wenn man die Lageberichte in der Folge ausgewertet hat, dass es zu einem vermehrten Anzeigeverhalten der Bürger gekommen ist.“

I: „Also nicht die Straftaten an sich haben Ihrer Wahrnehmung nach zugenommen, sondern eher die Sensibilität?“

B2: „Ja, das ist meine Mutmaßung. Wo man früher vielleicht hinweggesehen hat, ich sag mal das Hakenkreuz an der Wand in der Stadt irgendwo, und wo man heute sagt ‚moment mal, da war doch irgendwie mal was, das gehört da auch dazu, das sind rechte Symbole‘. Es wissen jetzt auch viele, dass es strafrechtlich relevant ist das Hakenkreuz, was vielleicht einige vorher gar nicht so richtig bedacht oder beachtet haben. Ich weiß es nicht und das kam dann jetzt alles durch den, ich sag jetzt mal, den aufmerksamen Bürger zur Anzeige. Auf alle Fälle ist das eine Ursache.“

B1: „Es wird auch weit und deutlich mehr, also das ist meine Wahrnehmung, auch an Fällen, die wir hatten, zum Teil, wo wir dann nicht mal mehr einen Nachweis führen konnten im Einzelfall bis hin hart an die Grenzen des Privaten, die (unv.) zum Teil anzeigen, wo Leute uns rufen, weil sie beispielsweise ‚Heil Hitler‘-Rufe aus einer Wohnung wahrgenommen haben, wo wir dann auch reingehen. Ist dann natürlich dann schwer, wenn sie nicht noch was finden, das nachzuweisen. Solche Anzeigen gab es früher in der Menge nicht. Wir hatten mal, vielleicht am Rand, eine Kirmesgesellschaft, da kam auch eine Anzeige, dass da ‚Heil Hitler‘ gerufen wurde. Es stellte sich dann wirklich heraus, und das war auch höchst glaubhaft, es war ihr Karnevalsruf, also es war definitiv eine Karnevalsgesellschaft, weit weg von jeder rechten Gesinnung. Also so was passiert dann auch mal, aber das zeigt, es ist ja auch gut so, dass die Bevölkerung sensibler geworden ist.“

B2: „Und was noch ein Fakt ist: die Vorkommnisse um Kunsthaus, die

verstärkte Polizeipräsenz. Es wurde das Personal intensiviert, der Personaleinsatz wurde intensiviert und je mehr Verfolgungsdruck entsteht und die Polizisten, wenn mehr Streifen in einem Gebiet sind, die stellen natürlich auch mehr fest. Dadurch ist das Aufkommen ein bisschen erhöht.“

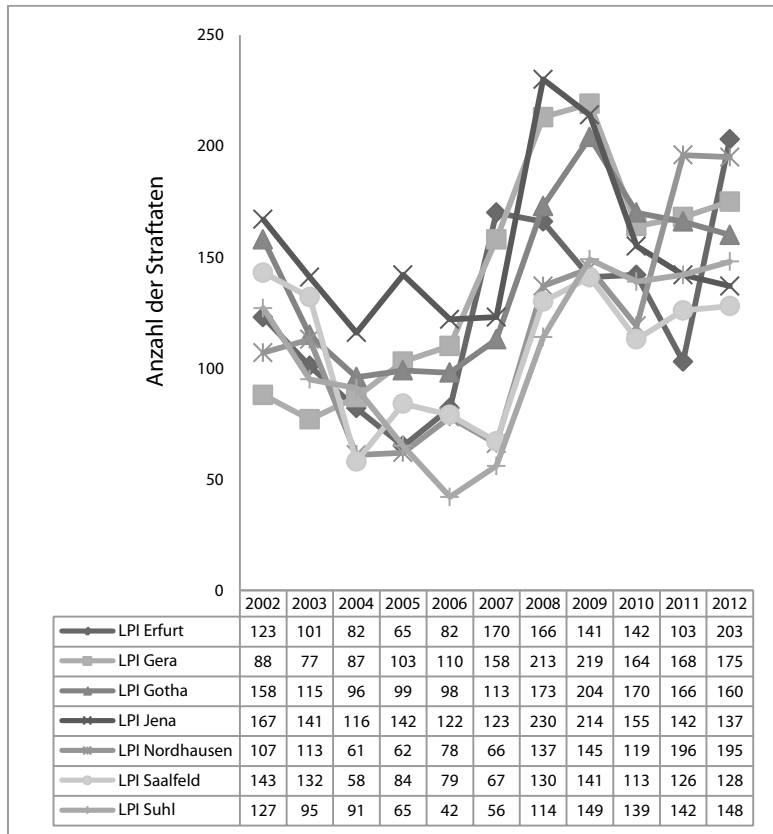
B3: „Die Leute gehen auch auf die Beamten zu, Indikator für diese Theorie, wenn man sich die Deliktsverteilung ansieht bei diesen über 200 Straftaten, wo die Anstiege genau sind, in welchem Deliktsbereich. [...] Das Gros sind Propagandadelikte, entweder Skandieren von Parolen oder das Schmieren von verfassungsfeindlichen Symbolen.“

Nicht nur die Polizei, auch zivilgesellschaftliche Initiativen und die Lokalpresse haben 2012 verstärkt über rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in Erfurt informiert und diskutiert. Es ist nicht abschließend zu klären, ob der Anstieg der registrierten Vorfälle im Kern auf einen tatsächlichen sprunghaften Anstieg der Straftaten oder eine erhöhte Achtsamkeit im Umgang mit rechten Aktivitäten zurückzuführen ist. Wahrscheinlich ist, dass mit einer zunehmenden Eskalation rechtsextremer Gewalt, die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kräften in Erfurt berichtet wird, Gegenkampagnen, Druck auf Behörden und die Sensibilität angestiegen sind und in der Folge sich auch die polizeilichen Statistiken der Abbildung der Realität annähern. Sollte die Einschätzung der Erfurter Polizei stimmen, dass die Sensibilität der Polizeikräfte nach dem Überfall auf das Kunsthaus im Juli 2012 gestiegen ist und zu den erhöhten Werten führte, ist für das Jahr 2013 ein weiterer erheblicher Anstieg zu erwarten – sollte die Achtsamkeit nicht bereits wieder nachgelassen haben.

Auffällig ist, dass ein solcher Aufwärtstrend hinsichtlich rechter Straftaten thüringenweit derzeit in keiner anderen Region zu beobachten ist (Abbildung 20). Die Debatte um den NSU hat die Sensibilität nicht so verändert, dass sich die Entwicklung in polizeilichen Statistiken fassen ließe. Der lokale, von eigener Betroffenheit motivierte Diskurs (in diesem Fall anlässlich des Kunsthaus-Überfalls) scheint wirkmächtiger zu sein. Das heißt auch, dass bei Öffentlichkeit und Polizei in anderen Regionen Thüringens die Achtsamkeit und das Anzeigeverhalten von rechtsextremen Straftaten zumindest bis Ende 2012 trotz NSU-Debatte, Behördenversagen und ungeachtet der tödlichen Folgen der

Bagatellisierung des Rechtsextremismus nicht gestiegen ist. Die Dunkelziffer der Vorfälle dürfte dementsprechend landesweit deutlich höher sein, als aus Abbildung 20 hervorgeht.

Abbildung 20: Übersicht rechte Straftaten thüringenweit



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Angaben des TLKA

Es wird zu beobachten sein, wie sich die Entwicklung landesweit fortsetzt. Bedeutsam dafür könnte auch ein umfangreiches Bildungsprogramm des Thüringer Sozialministeriums sein, welches u.a. auf die Sensibilisierung von Beamtinnen und Beamten hinsichtlich rechter Straftaten zielt (Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit 2013).

Landesweit ist zwischen 2006 und 2008 ein deutlicher Anstieg der registrierten Fälle politisch motivierter Kriminalität im Phänomenbereich „rechts“ zu beobachten. Verantwortlich dafür dürfte die in Thüringen in diesem Zeitraum stattgefundenene Genese verschiedener Cliques und Gruppen sein, die sich selbst als „Autonome Nationalisten“ begreifen. Die besonders auf Provokation, Erlebniskultur und Außenwirkung orientierte Strömung der rechtsextremen Szene trat in diesem Zeitraum erstmals organisiert und mit relativ hoher Aktionsdichte in Thüringen in Erscheinung.

Psychosoziale und juristische Unterstützung erhalten Betroffene rechter Gewalt in Thüringen bei der Mobilen Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ezra. Die Einrichtung pflegt eine Datenbank zu rechten Gewalttaten im Freistaat. Diese dokumentiert zwischen Januar 2012 und August 2013 insgesamt 28 rechte Gewalttaten in Erfurt, darunter fallen Bedrohung, Nötigung, Körperverletzung und versuchte Körperverletzung sowie versuchte Tötung. Etwa 2/3 der Vorfälle ereigneten sich im Bereich Stadtmittle, 1/3 verteilt sich auf äußere Ortsteile.¹⁴

Für besonders hohe mediale Aufmerksamkeit sorgte im Sommer 2012 ein Überfall von Neonazis auf das Erfurter Kunsthaus. Im Folgenden werden der Vorfall und der Umgang damit als Fallbeispiel rekonstruiert.

5.4.1 Fallbeispiel: Der Überfall auf das Kunsthaus

Am späten Abend des 13. Juli 2012 provozierte eine Gruppe Neonazis Anwesende der Ausstellungseröffnung „Miss Painting“ im Erfurter Kunsthaus zunächst mit rechten Parolen, schließlich griffen sie die Gäste und Betreiber(innen) des Kunsthauses körperlich an. Der Kurator der Ausstellung wurde von mehreren Personen zusammengeschlagen, sein Nasenbein gebrochen. Die Leiterin der Einrichtung erhielt mit einer vollen Bierflasche einen Schlag auf den Kopf. Einer auf dem Heimweg befindlichen Besucherin wurde im Beisein ihres Kindes ihr Kopf auf einen Autokühler geschlagen, andere Gäste durch Flaschen verletzt. Die alarmierte Polizei kam zunächst mit einem Einsatzwagen und nahm die

¹⁴ Die anonymisierten Daten lassen eine Zuordnung auf Ortsteile nicht zu.

Verfolgung der Tätergruppe auf. Dabei kam es zu einem Angriff auf die Polizei, wobei eine Polizeibeamtin schwer verletzt wurde. Acht Personen, darunter zwei Frauen, wurden gefasst, erkennungsdienstlich behandelt und danach auf freien Fuß gesetzt. Irritationen prägten zunächst die öffentliche Aufarbeitung des Überfalls: „Auf eine Verbindung zur rechtsextremen Szene [...] gebe es derzeit keine Hinweise“, zitierte die TLZ am 16.07.2012 einen Erfurter Polizeikommissar (TLZ 2012), woraufhin der Polizei vorgeworfen wurde, den rechtsextremen Hintergrund der Tat zu verschweigen. Schließlich räumte die Polizei den rechtsextremen Hintergrund des Überfalls ein.

Der Überfall und seine Folgen werden auf Grundlage eines Interviews mit der zum Zeitpunkt des Geschehens anwesenden Leiterin des Kunsthauses beleuchtet. Diese verwies im Gespräch auf ihre jahrelange Erfahrung bzw. Wahrnehmung von rechtsextrem-motivierter Gewalt, weshalb eine überdurchschnittlich hohe Sensibilität in der Einschätzung der Situation und deren Aufbereitung angenommen wird. Die Auseinandersetzung am Abend der Eröffnung der Ausstellung „Miss Painting“ im Erfurter Kunsthaus in der zentralen Michaelisstraße entwickelte sich ab etwa 22:30 Uhr spontan, wobei die Tätergruppe nach Eindruck der Anwesenden „nach Streit gesucht“ habe. Die aus der benachbarten Kneipe „Jonny Walker“ kommende Gruppe von sechs Männern und zwei Frauen konnte zum Teil aufgrund ihres Äußeren der extrem rechten Szene zugeordnet werden. Ein kurzhaariger Mann aus der Gruppe, der von Beginn an durch Provokationen und einschlägige Tätowierungen auffiel, trug ein T-Shirt mit dem Aufdruck des SA-Sturmführers Horst Wessel. Er versuchte zunächst, zwei sich vor dem Kunsthaus aufhaltende Frauen in ein Gespräch zu verwickeln. Tonangebend waren antisemitische Aussagen wie „Die Israelis [auch: die Juden] töten täglich tausende palästinensische Kinder“. Nachdem er den Aufforderungen der Frauen, sich zu entfernen, nicht nachkam, verließen diese den Ort, da sie sich verbal und physisch bedroht fühlten. Weil er vor dem Kunsthaus auch eine Künstlerin belästigte, wurde dann erstmalig die Polizei verständigt und den Neonazis Hausverbot erteilt. Als andere Personen der rechten Gruppe sich wieder dem Mann anschlossen, eskalierte die Situation: Die Nazis attackierten wahllos den Kurator, Gäste und eine anwesende Familie u.a.

mit Bierflaschen. Mehrere Personen wurden verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Ein Kind, dessen Mutter attackiert wurde, erlitt einen Schock. Etwa 15 Minuten nach dem ersten Anruf erschien die Polizei und stellte einen der flüchtenden Täter, während die anderen bereits außer Sichtweite waren. Vermutlich um ihrem „Kameraden“ zu helfen, kehrte die restliche Gruppe zurück und griff die Polizei an, wobei eine Polizistin schwer verletzt wurde. Schließlich konnten alle acht festgesetzt werden. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Im weiteren Verlauf des Abends soll die Gruppe dann ein gerade aus dem Krankenhaus entlassenes Opfer des Überfalls erneut angetroffen, bedroht und mit Gegenständen beworfen haben.

Das Handeln der Polizei vor Ort wird als vorbildlich („so wie man sich das wünscht“) beurteilt; sie seien umsichtig und gründlich vorgegangen. Anders als der Befragten aus polizeilichen Reaktionen in Situationen mit rechten Übergriffen auf linke Jugendliche bekannt sei, habe keine „Täter-Opfer-Umkehr“ stattgefunden. Die interviewte Betroffene fühlte sich vor Ort von der Polizei ernst genommen und lobte deren Engagement, um der Tätergruppe habhaft zu werden. Da noch in derselben Nacht der polizeiliche Staatsschutz vor Ort ermittelt habe und die Beamten keinen Zweifel an der rechten Motivation haben erkennen lassen, vermutete die Befragte vor allem Unstimmigkeiten bei der Kommunikation innerhalb der Polizei hinter jener Polizeimeldung, in der ein rechtsextremer Hintergrund negiert wurde. Diese „Beschönigung“ sei vermutlich vor allem das Resultat mangelnder Kommunikation, bspw. zwischen Bereitschaftspolizei, Staatsschutz und Pressesprecher. Aufgrund des als korrekt wahrgenommenen Verhaltens der Polizeikräfte vor Ort hat sich auch das Vertrauen in die Behörden bei der Befragten nicht verschlechtert.

Allerdings gibt es die Befürchtung, der Überfall könnte stigmatisierend wirken und dem Ruf des Kunsthouses schaden: „Das Leute vielleicht denken, die das lesen, was ist denn das für ein Ort, das ist vielleicht so was Subkulturelles nur, da gehen wir vielleicht nicht hin, wenn da so was passiert.“ Diese nicht abwegigen Bedenken sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas, in dem Viktimisierung etwas Anstößiges ist und den eigentlichen Opfern eine Mitschuld unterstellt wird,

woraus eine doppelte Schädigung (physisch bzw. materiell sowie Schädigung der sozialen Reputation) der Betroffenen resultieren kann. Nachdem das Kunsthaus den Vorfall in einer Pressemitteilung öffentlich machte, boten verschiedene Organisationen (bspw. MOBIT, ezra) ihre Hilfe an. Zahlreiche Solidaritätserklärungen erreichten das Kunsthaus, u.a. teilte auch der bekannte Erfurter Musiker Clueso die Meldung auf seinem Facebook-Profil. In einer Erklärung verurteilten alle Stadtratsfraktionen öffentlich den Überfall, in der Landespolitik sowie Lokal-, Landes- und Bundespresse wurde das Geschehen thematisiert. Die Stadt machte alsbald mit dem Vorschlag von sich reden, „einschlägig bekannte Rechtsextreme am Besuch von städtischen Museen, Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen [zu] hindern“ (Spiegel Online: 2012). Zudem versammelten sich Unterstützer/-innen und Anwohner/-innen, um mit sensibilisierenden und öffentlichen Maßnahmen auf die rechtsextremen Aktivitäten zu reagieren. Diese Resonanz sei jedoch nicht repräsentativ für den gesellschaftspolitischen Umgang mit Rechtsextremismus in Erfurt, reflektiert die befragte Betreiberin: „Es kommt immer drauf an, wen es betrifft.“ Fälle, in denen in den letzten Wochen bspw. Punks zusammengeschlagen wurden, „kamen nicht mal in der Zeitung“. Aufgrund der hohen Reputation des öffentlich-geförderten Kunstvereins fällt die polizeiliche und politische Reaktion eindeutig aus, wobei für die Interviewte klar ist: „Es gibt keine guten und bösen Opfer rechter Gewalt“.

Ein Jahr nach dem Überfall erinnerte das Erfurter Kunsthaus mit einer szenischen Lesung zum Thema Kultur, Zivilgesellschaft, Stadtpolitik und rechter Gewalt an den Vorfall.

5.5 Zwischenfazit

Das gesamte Mobilisierungspotenzial der rechten Szene im Stadtgebiet wird insgesamt auf bis zu 200 Personen geschätzt. Weil die Erfurter Szene bundesweit vernetzt ist, sind bei entsprechendem Vorlauf und Vorbereitungen auch Versammlungen mit 1.000 bis 2.000 Teilnehmenden möglich. Mehr als 3/4 der befragten lokalen Expertinnen und Experten nannte bei der offenen Frage nach räumlichen Schwerpunkten der rechten Szene den Süd-Osten der Stadt oder

mindestens einen der dazu gehörenden Ortsteile (Melchendorf, Herrenberg und Wiesenhügel). Dort sei sowohl die alltägliche Bedrohung wahrnehmbar, als auch ein örtlicher Kampagnenschwerpunkt der Rechtsextremen zu beobachten. Etwa seit 2009 wurden verstärkt rechtsextreme Mobilisierungsversuche durch Infostände, Familienfeste, Flugblatt- und Zeitungsverteilaktionen in den Plattenbauvierteln beobachtet.

Als weiterer räumlicher Schwerpunkt wurde insbesondere hinsichtlich rechten Gewaltpotenzials die Innenstadt genannt.

Programmatisch platziert die extreme Rechte vor allem soziale Themen und versucht anlassbezogen in städtische Diskurse zu intervenieren, bspw. zu Kitagebühen. Zentrale Interpretationsmuster regional-bezogener Stellungnahmen unterstellen die Unfähigkeit demokratischer politischer Akteurinnen und Akteure und konstruieren die Bedrohung durch den „Volkstod“ als Aussterben der „deutschen Rasse“ durch Migration und geringe Fertilitätsraten der – nach völkischen Abstammungsvorstellungen konstruierten – Deutschen (Vgl. Quent 2013). Klassische rechtsextreme Frames wie Rassismus und Anti-Antifa werden mit lokalspezifischen Beispielen und Aufhängern untersetzt. Im Oktober 2013 meldete sich NPD-Stadratsmitglied Schwerdt mit einer Anfrage zur „Asylanten-Aufnahme und deren Kosten“ zu Wort. Die „übergroße Mehrheit“ der Flüchtlinge wurde dabei als „Asylschwindler und Elendsflüchtling[e]“ denunziert (NPD Kreisverband Erfurt 2013). Zudem beteiligt sich die Erfurter Szene an der neonazistischen Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“.

Wie erfolgreich sind diese Strategien? Im folgenden Kapitel werden die Machtgewinne des Rechtsextremismus in der Erfurter Stadtgesellschaft dargelegt.

6. Geländegewinne der extrem rechten Szene in Erfurt

Mit Geländegewinnen ist gemeint, „wie stark der Rechtsextremismus in einer jeweiligen gesellschaftlichen Situation dazu in der Lage ist, die Demokratie in einem konkreten Raum zu gefährden, sie einzugrenzen oder in ihrer Entfaltung zu stören“ (Borstel 2009: 58). Darunter wird

„ein Machtgewinn der rechtsextremen Seite gegenüber der Demokratie verstanden[...]. Die Macht kann dabei struktureller, ökonomischer, kultureller oder auch diskursiver Natur sein. Zu fragen ist, welche rechtsextremen Strategien konnten Erfolge vorweisen und welche nicht? Und: Wie sind die Gewinne qualitativ zu bewerten?“ (ebd.).

Hinsichtlich eingrenzbarer Sozialräume lassen sich grundsätzlich vier Stufen (Tabelle 8) rechtsextremer Wirkungsmacht ausmachen (Sundermeyer et al. 2011: 13f.):

1. *Stufe – Provokationsgewinne*: Die rechtsextremen Gruppen versuchen, sich über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien als ernst zu nehmende Gruppe im Sozialraum zu präsentieren.
2. *Stufe – Räumungsgewinne*: Die rechtsextremen Gruppen versuchen, andere Gruppen an bestimmten Orten zu verdrängen. Es handelt sich um einen Raumordnungskampf in begrenzten Räumen zu bestimmten Zeiten. Hier sind besonders Aspekte von Angst „im Spiel“, indem etwa in Jugendzentren „eingedrungen“ werden kann.
3. *Stufe – Raumgewinne*: In dieser Stufe präsentieren rechtsextreme Gruppen lokale Wirkungsmacht öffentlich. Ein bestimmter Raum gilt als ihr Terrain. Andere Gruppen meiden diese Orte, potenzielle Opfer begreifen die Orte als Angstzonen, die nicht oder nur mit besonderer Vorsicht zu betreten sind.
4. *Stufe – Normalisierungsgewinne*: Diese höchste Stufe zeichnet sich durch neue Selbstverständlichkeiten aus. Der Rechtsextremismus ist etabliert und die Ausgrenzung schwacher Gruppen allgemein akzeptiert. Es findet vor Ort kaum noch eine Problemwahrnehmung statt. Der Rechtsextremismus ist ein normaler

Bestandteil der örtlichen politischen Kultur und kann kaum noch kritisch thematisiert werden.

Tabelle 8: Stufen rechtsextremer Wirkungsmacht

Raumordnungsgewinne	mögliche rechtsextreme Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme und Raumordnung
Provokationsgewinne	<ul style="list-style-type: none"> - Plakataktionen - Sprühereien - öffentliche Kurzauftritte - öffentliche Gründungen - Verteilungsaktionen 	<ul style="list-style-type: none"> - erste Wahrnehmungen - erste Begegnungen - beginnende Sensibilisierung
Räumungsgewinne	<ul style="list-style-type: none"> - Gewaltaktionen gegen „Feinde“ - raumorientierte Manifestationen - Verkündung des Raumkampfes - Konzentration auf bestimmte Orte 	<ul style="list-style-type: none"> - Angst und Einschüchterung - Opfererfahrungen - Unsicherheit im Umgang - Suche nach Hilfe beginnt
Raumgewinne	<ul style="list-style-type: none"> - Demonstration des Raumgewinns - weitere Gewalt gegen „Feinde“ - Verächtlichmachung der Unterlegenen - integrierende Aktionen für AN-Mitglieder (bspw. Feste) 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreibung von Orten - Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) - Kenntnis von AN-Treffpunkten - Angst und Einschüchterung - Diskurs
Normalisierungsgewinne	<ul style="list-style-type: none"> - öffentliches Auftreten - Rückgang von Gewalt 	<ul style="list-style-type: none"> - Akzeptanz oder Abfindung - kein Diskurs mehr (Schweigen) - Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Sundermeyer et al. 2011: 13f

Wo es rechtsextremen Kräften gelingt, Normalisierungsgewinne zu erreichen,

„droht eine beständige, unkritische und nachhaltige Integration des Rechtsextremismus ins Gemeinwesen und damit eine gesellschaftliche Situation vor Ort, in denen Grundrechte zum Beispiel für Minderheiten faktisch und alltagspraktisch außer Kraft gesetzt sind und nur durch den massiven Einsatz staatlicher Repressionsorgane zurück gewonnen werden können“ (Borstel 2009: 68).

Unter Rückbezug auf die Bestandsaufnahme der Elemente und Strukturen der extremen Rechten in Erfurt wird im Folgenden dargestellt, in welchem Maße sich rechtsextreme Strategien in der Landeshauptstadt als erfolgreich erweisen konnten. Welche Geländegewinne des Rechtsextremismus sind derzeit in Erfurt zu verzeichnen?

6.1 Formelle/partEIFörmige Geländegewinne

Nachdem die Fünfprozenthürde für Kommunalparlamente abgeschafft wurde, konnte die NPD beim erstmaligen Antritt zu den Erfurter Stadtratswahlen 2009 zwar nur 2,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, dies genügte jedoch, um den Rechtsextremisten Frank Schwerdt in den Stadtrat zu entsenden.

Bei Landtagswahlen konnten rechtsextreme Parteien in den Erfurter Wahlbezirken seit 1994 auf niedrigem Niveau insgesamt zulegen (Tabelle 9). Dabei ist vor allem eine wachsende Bedeutung der NPD zu beobachten, die ihr Wahlergebnis innerhalb von zehn Jahren von 0,1 Prozent (1999) auf 3,3 Prozent (2009) verbessern konnte, wobei der größte Gewinn bei den Wahlen 2009 eintrat. Der allgemeine Landestrend steigender NPD- Wahlergebnisse spiegelt sich somit auch in Erfurt wider. Mit der Zunahme quantitativer Stimmgewinne geht die qualitative Radikalisierung mit der hegemonialen Stellung der NPD einher, die im Gegensatz zu anderen rechten Parteien aggressiv systemfeindlich und offen neonazistisch agiert.

Tabelle 9: Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen in Erfurt in Prozent

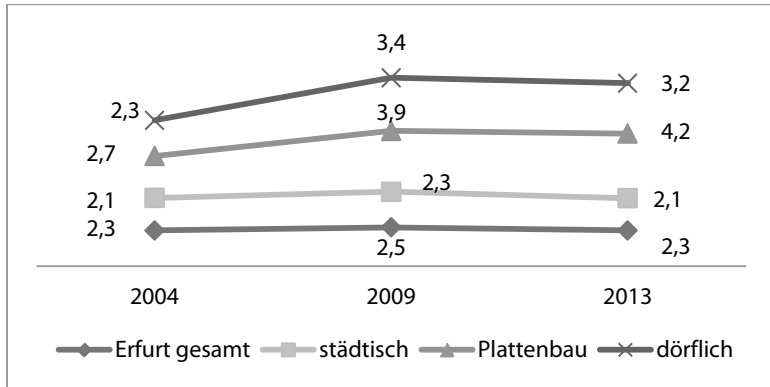
Partei	1994	1999	2004	2009
REP	0,9	0,6	1,7	0,4
NPD	-	0,1	0,9	3,3
DVU	-	2	-	-
rechtsextreme Parteien ges.	0,9	2,7	2,6	3,7

Der Aufwärtstrend der NPD in Erfurt konnte bei den Bundestagswahlen 2013 kaum fortgesetzt werden. Bei den Erststimmen (Abbildung 21) ist das Wahlergebnis der Partei im gesamten Stadtgebiet seit 2004 auf geringem Niveau gestiegen (2004: 2,9 Prozent, 2009: 2,8, Prozent 2013: 3,2 Prozent). Zulegen konnte die NPD zuletzt vor allem in den Plattenbauvierteln, wo sie gegenüber 2009 zwar 1,1 Prozent hinzugewann, sich mit 5,3 Prozent aber nur gering über dem Wert von 2004 (4,9 Prozent) bewegt. Insgesamt gelingt es der Partei in Erfurt (und Thüringen), deutlich mehr Wahlberechtigte bei der Erststimme zu mobilisieren als bei der Zweitstimme. Möglicherweise will diese Wählerschaft in erster Linie den demokratischen Parteien vor Ort einen *Denkzettel* verpassen. Denkbar ist zudem, dass einige der Wählerinnen und Wähler von REP und AfD ihre Erststimme der NPD gegeben haben, weil von diesen Parteien keine eigenen Personen für die Wahlkreise aufgestellt wurden.

Abbildung 21: Entwicklung der NPD-Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen (Erststimme) in Erfurt nach Siedlungsstrukturtyp in Prozent



Abbildung 22: Entwicklung der NPD-Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen (Zweitstimmen) in Erfurt nach Siedlungsstrukturtyp in Prozent



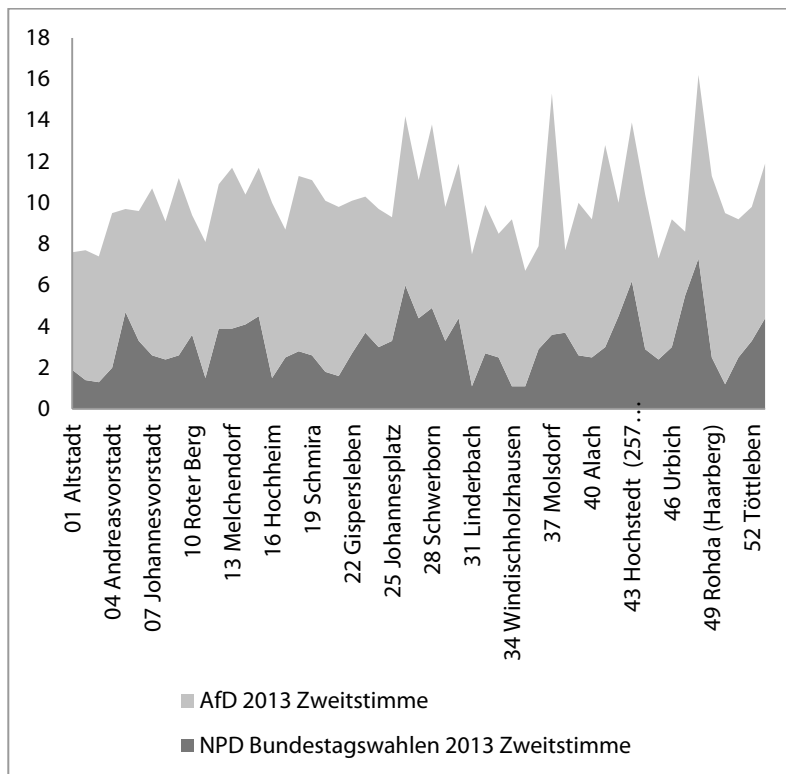
Bei den Zweitstimmen (Abbildung 22) hat die NPD sich in Erfurt im Vergleich zu 2004 nicht verändert und gegenüber 2009 0,2 Prozent verloren – lediglich in Plattenbauvierteln konnte sie 0,3 Prozent zulegen. Der Stimmenanteil zwischen zwei und vier Prozent in Erfurt bildet die Stammwählerschaft der NPD in der Landeshauptstadt ab.

Zwar liegt der NPD-Stimmenanteil in den Plattenbauvierteln insgesamt im Durchschnitt höher als in den dörflichen und städtischen Ortsteilen. Alle Ortsteile, in denen die rechtsextreme Partei bei den Bundestagswahlen 2013 bei der Zweitstimme in Erfurt mehr als fünf Prozent der Stimmen erreicht hat, gehören jedoch zum dörflichen Siedlungsstrukturtyp (Mittelhausen, Hochstedt, Gottstedt, Azmannsdorf). Für die Wohnbevölkerung städtischer Quartiere ist die NPD besonders unattraktiv – hier erreicht sie bei den Bundestagswahlen 2013 nur 2,1 Prozent der Stimmen. In den städtisch geprägten Siedlungsräumen Erfurts leben knapp über die Hälfte der Wahlberechtigten (50,4 Prozent) der Stadt; die dörflichen Ortsteile beherbergen 22,2 Prozent, die Plattenbauviertel 27,4 Prozent.

Zur Bundestagswahl 2013 sind auch die REPUBLIKANER und die AfD angetreten. Während erstere mit einem Gesamtergebnis von 0,2 Prozent in Erfurt bedeutungslos sind, erreichte die neu gegründete AfD bei ihrem ersten Wahlantritt 6,4 Prozent. Mit 6,2 Prozent der Stimmen im Land bei den

Bundestagswahlen liegt der Einzug der Partei in den Landtag 2014 zum Greifen nahe. Auch wenn eine abschließende Einordnung zur ideologischen und sozialen Basis der Partei noch nicht abgeschlossen ist, sind Wechselwirkungen der neuen Partei mit etablierten Kräften am rechten Rand erwartungsgemäß zu beobachten – insbesondere hinsichtlich der Mobilisierung von Wählerschaft und Sympathisierenden. Von der NPD wird die AfD als konkurrierende, rechte Protestpartei wahrgenommen. Der Vergleich der Zweitstimmen von NPD und AfD in den Ortsteilen zeigt, dass der Abstand zwischen den Parteien im Hinblick auf Mobilisierungsspitzen- und tiefen annähernd parallel verläuft (Abbildung 23).

Abbildung 23: Stimmenanteile (Zweitstimmen) der AfD und NPD in den Erfurter Ortsteilen (Auszug) bei der Bundestagswahl 2013 in Prozent



Es existieren kleinräumig wirksame Kontextfaktoren, welche es für bestimmte Milieus nahelegt, die AfD bzw. die NPD zu wählen. Ob es sich dabei um Personen in vergleichbaren Lebenslagen handelt oder ob die Parteien Angehörige unterschiedlicher Milieus ansprechen und diese durch milieuspezifische Angebote überzeugen können, ist auf dieser Datengrundlage nicht zu beantworten. Naheliegend ist, dass die NPD eher bildungsferne Schichten und die AfD als sog. Professorenpartei eher Bildungsschichten anspricht. Auf Grundlage der sozialräumlichen Parallelität der Stimmenvergabe von NPD und AfD ist nach dem gemeinsamen Frame zu fragen, der Wählerpotenziale beider Parteien verbindet. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf – etwa, um zu klären, inwieweit die Parteien rechts von der CDU sich ergänzen oder miteinander konkurrieren.

Die befragten lokaler Expertinnen und Experten sind sich weitgehend einig, dass die NPD in Erfurt jenseits von Großveranstaltungen kaum von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Trotz eines Mandates im Stadtrat spielt die Partei auf der politischen Bühne keine Rolle, auch wenn in einigen Milieus Normalisierungstendenzen beobachtet werden. Vor allem aufgrund der Zerstrittenheit und Aufspaltung mit „Pro Erfurt“ ist die NPD in der Landeshauptstadt unattraktiv und (bislang) nicht fähig, die Bandbreite rechtsextremer Strukturen in Erfurt zu integrieren. Das kann sich nun ändern. Mit der neuerlichen Spaltung von „Pro Erfurt“ und der Annäherung einflussreicher Bewegungsunternehmer an die NPD könnte die Angebotsschwäche der NPD überwunden werden.

Einige Befragte betrachten es zudem als Erfolg, dass es der rechten Szene in Erfurt gelingt, öffentliche Versammlungen durchzuführen. Inwieweit es dem rechtsextremen Sportverein „Mach dich fit“ bereits gelungen ist, Personen außerhalb der rechten Szene für diese zu mobilisieren, ist nicht bekannt.

6.2 Informelle Geländegewinne

Betroffene und Szenekenner(innen) aus Erfurt beobachten rechtsextreme Machtgewinne vor allem durch die Normalisierung rechter Gewalt: „Jedes

Wochenende kriegen Alternative in der Innenstadt auf die Fresse, ohne dass was dagegen passiert“ (Interview 9). Im städtischen Raumordnungskampf hat der Rechtsextremismus seinen Einfluss manifestiert und ausgebaut, indem die in ihm agierenden rechtsextremen Kräfte durch ihre Taten bei potenziellen Opfergruppen Angst vor Gewalttaten und Verdrängung verstärkt haben. Dies betrifft insbesondere die Innenstadt sowie die Region Süd-Ost, in der die rechte Szene als etabliert gilt. Wie virulent die Angst vor rechter Gewalt ist, wurde bereits im Rahmen der Auswertung der quantitativen Befragungen beschrieben (Seite 48).

6.3 Jugend- und subkulturelle Normalisierung

Mit der strategischen und äußeren Modernisierung des Rechtsextremismus haben sich v.a. Neonazis optisch verändert und dadurch verbesserten Zugang zu Jugend- und Subkulturen gewonnen, wie u.a. die Erfurt Polizei beobachtet:

„Was natürlich passiert, aber das ist eine äußere Wahrnehmung, [...], die früher mal klar optische Differenzierung zwischen den politischen Lagern, die ist schlicht und ergreifend weg. Also am 1. Mai, das hab ich noch nie gesehen, war in diesem Aufzug der Rechten einer mit Rastalocken dabei. So was habe ich noch gar nicht gesehen, also dachte ich, was ist denn das jetzt?“ (Interview 21)

Die Vermischung von politischen Positionen und jugendkulturellem Habitus wird von einem befragten Polizeibeamten auch in der Erfurter Musik- und Bandszene geschildert:

„Naja, und das Problem an der Geschichte ist halt, finde ich, dass viele Bands nur schwer eindeutig zuzuordnen sind. Die finden sowohl im rechten als auch im linken Klientel Anklang, was auch für mich ein Zeichen dafür ist, dass die Szene wirklich verschwommen ist im Augenblick. Wenn ich mir einzelne Bands angucke, Aufmachung und die Lieder, die sie spielen und immer mal in die Diskussion kommt mit Freunden, Bekannten, was es eigentlich für ein Hintergrund ist, dann merkt man auch schon, dass die Bands an sich sehr umstritten sind.“ (ebd.).

Normalisierung des Rechtsextremismus wird auch im Alltag beobachtet: „Sie [die Neonazis, MQ] haben sich in den Alltag geschlichen und haben an Akzeptanz gewonnen“ (Interview 9). Ein Vertreter der Polizeiführung bestätigt diese Beobachtung (Interview 21):

„Das geht bis dahin, nur mal um das zu illustrieren, als das mit dem Kunsthaus war, hab ich mich dort ein bisschen in der Kneipenszene umgesehen, einfach mal geguckt, wie reagieren die drauf und hab auch mit Gastwirten geredet. Und einer sagte zu mir ‚also wissen sie, das ist eine Sauerei, was da draußen stattgefunden hat.‘ Da war ich erst mal erfreut und dann sagte er mir gleich im Nachsatz: ‚Ich habe hier Kundschaft, die sind durchaus rechts eingestellt, aber das finden die nicht gut‘. Ja, das ist auch nicht polizeilich relevant, aber da wissen sie, wie das Denken in der Bevölkerung ist.“

Wahrgenommen wird eine Verrohung der Sprache unter Jugendlichen, die sich in der Abwertung von Menschengruppen durch die Verwendung gruppenbezogener Fremdzuschreibungen in beleidigenden Absichten zeigt: „Homo, Kanacke, Spast, Assi Zecke, Schwuchtel oder Jude sind bei vor allem – aber nicht nur – bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitete diskriminierende Äußerungen.“ (Interview 6). Nicht alle Befragten halten solche Abwertungen für problematisch und vergleichen sie mit Aussagen „wie ‚blöde Kuh‘ – ohne dass man jetzt etwas gegen Kühe hätte“ (Interview 12).

6.4 Ideologien der Ungleichwertigkeit

Rechtsextreme Orientierungen werden in der Einstellungsforschung häufig wie folgt definiert¹⁵:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet

¹⁵ Dieses Verständnis liegt u.a. auch dem Thüringen Monitor zugrunde.

durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Decker et al. 2006: 20).

Vor allem aufgrund des aufwendigen Messverfahrens existieren nur wenige quantitative Befunde über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im mikroregionalen Kontext. Meist stehen nur Vergleichswerte zwischen Ost- und Westdeutschland, zum Teil zwischen den Bundesländern zur Verfügung. Mit dem Thüringen Monitor (Edinger et al. 2010: 93) und meiner Untersuchung zur Verbreitung und zu Ursachen rechtsextremer Einstellungen in unterschiedlichen sozio-ökonomischen Regionen Hessens und Thüringens (Quent 2012) liegen zumindest Hinweise über die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen auf Kreisebene vor. Letztlich ist jedoch auch dies nicht kleinteilig genug: Durch Segregation, unterschiedliche soziale und demografische Zusammensetzung ist zu vermuten, dass in (Groß)Städten auch zwischen den Ortsteilen bedeutsame Unterschiede existieren. Im Mittel der über eine Zeitspanne von acht Jahren aggregierten Daten teilen 17,8 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer ein rechtsextremes Weltbild (Edinger et al. 2010: 93). Mit einem Anteil rechtsextremer Einstellungsträgerinnen und -träger zwischen 15–20 Prozent liegt die kreisfreie Stadt Erfurt im Bereich des Landesdurchschnitts, wie auch der Mittelwertvergleich der Rechtsextremismusbelastung unter Thüringer Regionen bestätigt (Quent 2012).

6.5 Zwischenfazit

In Erfurt sind Teilerfolge der Rechtsextremen erkennbar. Diese schwächen in mikroregionaler Perspektive die Demokratie.

„In eng eingrenzbaeren Regionen ist die demokratische politische Kultur auf dem Rückzug, ohne dass erkennbare Aktivitäten gestartet würden, diesem Trend entgegenzusteuern. Ein gesellschaftlicher, unumkehrbarer Durchbruch der extremen Rechten ist aber bisher nicht zu verzeichnen. Viel wird davon abhängen, ob die demokratischen Strukturen sich ebenfalls als lernfähig erweisen und in neuen gesellschaftlichen Situationen Attraktivität und Vertrauensfähigkeit entwickeln.“ Borstel (2009: 72).

Was Borstel im Allgemeinen attestiert, lässt sich auch in Erfurt beobachten. Die extreme Rechte kann Raumgewinne verbuchen, welche auf Stadtteilebene, insbesondere in Südost, kaum problematisiert werden. Der Integrationsunfähigkeit rechtsextremer Strukturen sowie der Sensibilität und dem engagierten Handeln stadtteilübergreifender zivilgesellschaftlich agierender Personen ist anzurechnen, dass in der Stadtgesellschaft bisher weitestgehend keine Normalisierung des Rechtsextremismus stattgefunden hat. Eine hervorgehobene Gefährdung geht von der hohen Gewalttätigkeit und der daraus resultierenden Einschüchterung von Menschen aus.

7. Fazit

In der vorliegenden Untersuchung wurde zunächst der lokale Kontext der Landeshauptstadt Erfurt beschrieben, sozialraumorientierte Thesen über die Entstehung von Rechtsextremismus erläutert und die Situation in unterschiedlichen Siedlungsstrukturtypen der Landeshauptstadt differenziert. Es wurde vermutet, dass die Wohnbevölkerung der Plattenbauviertel aufgrund der höheren Desintegrationsrisiken und des geringeren formellen Bildungsniveaus anfälliger für rechtsextreme Politik ist als in städtischen oder dörflichen Stadtteilen. Wie im Abschnitt der Angebotsstrukturen deutlich wurde, meinen Akteurinnen und Akteure rechtsextremer Parteien und Gruppen, in den Plattenbauvierteln ein besonderes großes Unterstützerpotenzial mobilisieren zu können. Sie fokussieren ihre Öffentlichkeitsarbeit inhaltlich auf soziale Themen und räumlich, bspw. bei Infoständen und Materialverteilung, auf diese Gebiete. Angesichts dieser Bemühungen sind die Stimmzugewinne zugunsten der NPD in den Erfurter Plattenbaugebieten in den letzten zehn Jahren gering. Sie spiegeln vor allem den landesweiten Trend wider. Trotz intensiven Bemühens gelang es der NPD kaum, sich glaubwürdig und überzeugend zum Sprachrohr der sozial Bedrohten zu inszenieren. Die Analyse der Wahlergebnisse zwischen den unterschiedlichen Siedlungsstrukturtypen zeigt, dass lediglich DIE LINKE in den Plattenbauvierteln weit überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt. Die Partei mobilisierte bei den Landtagswahlen 2009 in den Plattenbauvierteln 40 Prozent der Zweitstimmen, während die Stimmergebnisse der anderen Parteien keinen signifikanten Unterschied zwischen den Siedlungsstrukturtypen aufweisen. Zwar erzielt auch die NPD in den Plattenbauvierteln das im Vergleich zu den anderen Siedlungsstruktureinheiten höchste Ergebnis, dennoch dürfte das Ergebnis von 4,7 Prozent aus dem Jahr 2009 (Tabelle 10) und vor allem der geringe Zuwachs bei den Bundestagswahlen 2013 (Seite 79.) die rechtsextremen Strateg(inn)en angesichts der intensiven Graswurzelarbeit durch die Partei vor Ort kaum zufriedenstellen.

Tabelle 10: Landesstimmenergebnis nach Siedlungsstrukturtypen bei der Landtagswahl 2009 in Prozent

	städtisch	Plattenbau	dörflich	Erfurt insgesamt
CDU	24,8	20,9	30,3	25,3
DIE LINKE	25,4	39,7	23,7	28,4
SPD	20,3	19,1	19,3	19,8
GRÜNE	14,0	5,7	8	10,5
REP	0,3	0,4	0,4	0,4
FDP	8	4,7	9,3	7,6
Freie Wähler	4,1	4,4	5,0	4,4
NPD	2,5	4,7	3,7	3,3
ödp	0,5	0,4	0,3	0,4

Quelle: eigene Darstellung auf Datengrundlage von Landeshauptstadt Erfurt 2009: 55

Anstatt verstärkt rechtsradikale Parteien zu wählen – wie die theoretischen Vorannahmen nahelegen, wählt die desintegrationsgefährdete Plattenbaubewohnerschaft überdurchschnittlich häufig DIE LINKE. Die Existenz mobilisierungsfähiger, demokratischer Parteien des sozialen Protestes ist dementsprechend offenkundig ein bedeutsamer Faktor für die Resistenz gegenüber rechtsradikalen Wahlerfolgen und für die Integration der

Angehörigen der unteren Sozial- und Bildungsschichten in Prozesse demokratischer Teilhabe.

Ob und inwieweit sich die politischen Einstellungen der innerstädtischen Wohnbevölkerung unterschiedlicher Siedlungsstrukturgebiete unterscheiden, ist nur durch aufwendige, repräsentative Haushaltsbefragungen zu eruieren. Wollen sich Präventionsmaßnahmen und sozialwissenschaftliche Begleitforschung nicht auf den Bereich des organisierten Rechtsextremismus beschränken, sondern effektiv den der Handlungsebene vorgelagerten Bereich von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einbeziehen, ist die quantitative Erhebung zu Ursachen und Verbreitung solcher Mentalitäten in unterschiedlichen Stadtvierteln notwendig und empfehlenswert.

Durch die Vielfalt (jugend)kultureller Angebote insbesondere in der innerstädtischen Agglomeration existieren diverse konkurrierende Sozialisationsräume und Cliquen, in denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen, sich ausprobieren und verwirklichen können. Durch die Größe der Stadt sind keine rechtsextremen Jugendszenen dominant. Doch sie sind vorhanden und prägen bspw. im Umfeld der „Kammwegklause“ die Außenwirkung des Quartiers, weil konkurrierende Anlaufstellen (bisher) fehlen. Die Bereitstellung wohnortsnaher, problembewusster Ermöglichungsräume für nicht-rechte Jugend- und Kulturarbeit wird empfohlen.

Die rechtsextreme Bewegung ist in Erfurt etabliert und handlungsfähig. Dabei bleiben die vielfältigen Angebotsstrukturen jedoch weitgehend ohne politische Breitenwirkung. Insbesondere zahlreiche vorhandene alternative und konkurrierende Sozialisations- und Politikangebote begünstigen, dass sich extrem rechte Geländegewinne in Erfurt in engen Grenzen halten. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass von der Rekrutierungs- und Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung in Erfurt eine ernste Gefahr ausgeht. Diese drückt sich vor allem in der Einschränkung demokratischer Handlungs- und Bewegungsfreiheit durch Viktimisierungserfahrungen und -ängste bspw. unter den Nazigegnerinnen und -gegnern aus. Die lokal agierenden rechten Kräfte weisen hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen eine hohe Flexibilität und

Wandlungsfähigkeit auf. Dies erschwert es, die Gefährdungs- und Radikalisierungsintensität zu bestimmen und eindeutige Zuordnungen vorzunehmen. Zudem wird offensichtlich, dass mit Vereinigungs- und Parteiverboten der extrem rechten Bewegung nur bedingt Einhalt geboten werden kann: zu innovationsfreudig sind die in ihr agierenden Personen. Prävention und Intervention sind daher als Maßnahmen zu präferieren. Mit anderen Worten: Es empfiehlt sich für die Auseinandersetzung, Entstehungs- und Radikalisierungsprozesse zu fokussieren – anstelle des Kontrollparadigmas (Heitmeyer 2012). Um Veränderungen im politischen Feld der extremen Rechten zu identifizieren, aber auch um Entwicklungen der Kontextsituation, Problemvirulenz und möglicher Wirkungen der Präventions- und Interventionsarbeit zu erfassen, empfiehlt es sich, innerhalb der nächsten vier Jahre eine erneute lokale Analyse zu realisieren.

Erfurter Rechtsextreme nehmen Einfluss auf das Milieu der Fußballfans, wobei die Grenzen, wo Rechtsextremismus anfängt und Fanverhalten aufhört, zum Teil fließend verlaufen. Durch die hohe Identifikations- und Vorbildkraft, die von Vereinen auf ihre Anhängerschaft ausgeübt wird, haben die Funktionsträgerinnen und -träger der örtlichen Fußballkultur ein hohes Interventionspotenzial. Ausbaufähig ist die Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ein erster Schritt, den bereits andere Vereine unternommen haben, könnte die Aufnahme eines antirassistischen Passus in die Vereinsatzung sein. Außerdem sollten Schritte unternommen werden, um antirassistische Fangruppen zu unterstützen und demokratieorientierte pädagogische Maßnahmen im jugendlichen Fanmilieu zu fördern.

Die agierenden Personen der rechtsextremen Szene rekrutieren sich nicht nur aus einem Milieu bildungsferner und junger Erfurterinnen und Erfurter. Dass in der Szene unter anderem auch Rechtsanwälte verkehren, zeigt, dass Sensibilität und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus sich nicht auf den Bereich der Jugendlichen und sozial gefährdeter Gruppen beschränken dürfen.

Obwohl die dezidiert antinazistische Zivilgesellschaft in Erfurt breit aufgestellt und gut vernetzt ist, bestehen Defizite in der Integration und Verstärkung der

Organisierung und Ansprache bisher kaum erreichter Milieus, insbesondere von Bildungsfernen und Alten. Wegen der besonderen Symbolbedeutung der Landeshauptstadt für den organisierten Rechtsextremismus ist auch in Zukunft mit rechtsextremen Versammlungen und Demonstrationen zu rechnen. Eine kontinuierliche, integrative Auseinandersetzung über den Umgang mit Rechtsextremismus und neonazistischen Aufmärschen fehlt in der weitgehend reaktiv orientierten Stadtgesellschaft. Wird angestrebt, Aktivitäten stärker zu vernetzen und weitere Bevölkerungsteile zu erreichen, müssen Umgangsformen mit Differenzen und Konfliktlinien des pluralistischen Spektrums der Antinazist(inn)en und Antifaschist(inn)en in Erfurt gefunden werden. Dies beginnt mit der Situationseinschätzung des Rechtsextremismus und der sich daran entwickelnden Polarisierung der Bewertung und Diskursführung über die Rolle der Stadt. Diese Polarisierung drückte sich in den Interviews in den unterschiedliche Beschreibungen Erfurts aus, die von „schönste Stadt mit sehr gutem Ruf“ bis „geltungsbedürftige Kackstadt“ reichten. Im Feld der Aktiven zeigte sich, dass je dramatischer die Rechtsextremismusbelastung und je bagatellisierender der öffentliche Umgang damit bewertet wird, umso schlechter wird die Lebensqualität in Erfurt an sich eingeschätzt. Personen, denen der Ruf der Stadt besonders wichtig ist, neigen systematisch dazu, den Rechtsextremismus herunterzuspielen. Für unterschiedliche soziale Rollen, in denen sich die Aktiven befinden, sind die Problemwahrnehmungen jeweils nachzuvollziehen, da sie sich auch aus persönlicher Betroffenheit ableiten. Die Herausforderung wird sein, Differenzen zu respektieren und gemeinsame Ziele zu identifizieren. Das in zentralen Fragen konsensuale Antwortverhalten der Protestteilnehmenden am 1. Mai 2013 zeigt, dass sozial geteilte Motivationslagen, Selbstverortungen und Ziele im antinazistischen Spektrum existieren. Auf diesen kann und sollte aufgebaut werden.

Literaturverzeichnis

Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus (2013). Online verfügbar unter <http://www.aktionsnetzwerk.de/cms/index.php?limitstart=12>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Antifaschistische Koordination Erfurt (2013): Pack schlägt sich, Pack verträgt sich: NPD und „Pro Erfurt“ wieder vereint. Online verfügbar unter <http://erfurtnazifrei.wordpress.com/2013/09/18/pack-schlagt-sich-pack-vertraegt-sich-npd-und-pro-erfurt-wieder-vereint/>, zuletzt aktualisiert am 14.10.2013, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Antifaschistische Koordination Erfurt (2013): Zwischen Aufbruch und Lethargie – Antifaschismus in Erfurt. Online verfügbar unter <http://lirabelle.blogspot.eu/2013/10/01/zwischen-aufbruch-und-lethargie-antifaschismus-in-erfurt/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Bausewein, Andreas (2013): Gesicht zeigen am 1. Mai. Online verfügbar unter <http://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/kolumne/2013/116204.html>, zuletzt aktualisiert am 27.04.2013, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Biko (Hg.) (2012): Stadt der Vielfalt? Rassismus, soziale Ausgrenzung und Nazigewalt in Erfurt. Münster: Edition Assemblage (Reihe Antifaschistischer Politik, 6).

„Bürgertisch Demokratie“ der Stadt Erfurt (2013): Keinen Meter! Den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2013 in Erfurt verhindern! Online verfügbar unter <http://www.buntevielfalt.de/>, zuletzt geprüft am 21.10.2013.

Benford, Robert D.; Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology.

Best, Heinrich; Saalheiser, Axel (2012): Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2012.

Borstel, Dierk (2009): Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: Stephan Braun (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 58–74.

Brähler, Elmar; Kruse, Johannes: Ergebnisse der Studie „Die Parteien und ihre Anhänger“. Leipzig, Gießen, Marburg. Online verfügbar unter http://www.uni-leipzig.de/pdf/pm2011-343_ergebnisse.pdf, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Budler, Kai (2013): Antifeministische Frauen-Truppe. Hg. v. Blick nach Rechts. Online verfügbar unter <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/antifeministische-frauen-truppe>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit: Universitätsverlag Konstanz.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.

Della Porta, Donatella (2013): Clandestine political violence. Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge studies in contentious politics).

Dörre, Klaus; Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic (2007): Prekäre Beschäftigungsverhältnisse Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus? Abschlussberichtbericht. Online verfügbar unter http://www.uni-bielefeld.de/ikg/wissensaustausch/pdf/Abschlussberichte/Projekt02_Endbericht_Doerre.pdf, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena.

Edinger, Michael; Gerstenhauer, Daniel; Schmitt, Karl (2010): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen; Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2010. Jena.

Erklärung der Erfurter Stadtratsfraktionen: „Erfurt – bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis!“ (2009). Online verfügbar unter <http://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/am/2009/103419.html>, zuletzt aktualisiert am 25.08.2009, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Fengler, Detef; Meusel, Birgit (2012): Situations- und Ressourcenanalyse zu zivilgesellschaftlichen Strukturen der Stadt Apolda und des Kreis Weimarer Land. Apolda: Selbstverlag.

Funke, Hajo (2012a): Kommunale Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Situations- und Ressourcenanalyse für den LAP des Kreises Altenburger Land. Berlin: Selbstverlag.

Funke, Hajo (2012b): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Zur Eskalation ideologischer Gewalt. Was tun? Paper.

Gemeinsame Erklärung (2013): Antimuslimischer und antisemitischer Hetze entgegengetreten – für religiöse Anerkennung, Achtung und Toleranz! Online verfügbar unter <http://www.lap-erfurt.de/antimuslimischer-und-antisemitischer-hetze-entgegengetreten-fur-religiose-erkennung-achtung-und-toleranz/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Glaser, Stefan; Pfeiffer, Thomas (2013): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert; Hintergründe, Methoden, Praxis der Prävention. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl.

Grecik, Tomas (2013): Kickboxen und Fußball – extrem rechter Sportverein in Erfurt unbemerkt aktiv. Online verfügbar unter <http://www.publikative.org/2013/03/16/kickboxen-und-fusball-extrem-rechter-sportverein-in-erfurt-unbemerkt-aktiv/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Häusler, Alexander (2013): Die "Alternative für Deutschland" - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Unter Mitarbeit von Horst Teubert und Rainer Roeser. Hg. v. Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen.

Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa (Konflikt- und Gewaltforschung).

Heitmeyer, Wilhelm; Borstel, Dierk; Grau, Andreas; Legge, Sandra; Luzar, Claudia; Marth, Julia (2009): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. Bielefeld: Selbstverlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Borstel, Dierk; Grau, Andreas; Wandschneider, Sylvia; Marth, Julia (2010): Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Selbstverlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Borstel, Dierk; Grau, Andreas; Marth, Julia; Wandschneider, Sylvia (2011): Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Rechtsextremismus und gesellschaftliche Selbstentlastung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 62 (18/19), S. 22–27.

Heitmeyer, Wilhelm; Grau, Andreas (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement. In: Andreas Grau und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. 1., neue Ausg. Weinheim, Bergstr: Beltz Juventa (Konflikt- und Gewaltforschung), S. 11–33.

Jackob, Nikolaus; Schönherr, Harald; Zerback, Thomas (2009): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung. In: Sozialforschung im Internet.

Karmeyer, Frank (2012): Übergriff von Neonazis auf dem Erfurter Anger? Zeugen gesucht (TLZ). Online verfügbar unter <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Uebergriff-von-Neonazis-auf-dem-Erfurter-Anger-Zeugen-gesucht-186908318>, zuletzt aktualisiert am 26.07.2012, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Keinen Meter (01.05.2013): Erfolgreiche Proteste gegen den Aufmarsch gewaltbereiter Nazis. Erfurt. Online verfügbar unter <https://erfurtnazifrei.wordpress.com/tag/keinen-meter/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Keinen Meter (2013): Aufruf. Online verfügbar unter <http://keinenmeter.blogspot.eu/beispiel-seite/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Koch, Holger; Weil, Thomas (2010): Situations- und Ressourcenanalyse zu Rechten Strukturen in der Otto-Dix-Stadt Gera. Wissenschaftlicher Bericht für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Gera. [Online-Ausg.]. Gera.

Kraske, Marion (2012): Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Kuckartz, Udo: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 2. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2007.

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (2009): Landtagswahl am 30. August 2009 in der Landeshauptstadt Erfurt, Kommunalstatistisches Heft 70, 2009. Erfurt.

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (2012a): Bevölkerungsprognose bis 2035. Erfurt (Kommunalstatistische Hefte, 81).

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (2012b): Bildung in Erfurt 2012. Erste Befunde. Erfurt.

Landeshauptstadt Erfurt (Hg.) (2013): Wohnungs- und Haushaltserhebung 2012. Erfurt (Kommunalstatistisches Heft 83, Juli 2013).

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (2013): Sozialstrukturatlas der Stadt Erfurt, 2012. Erfurt.

MDR (2013): Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch in Erfurt. Online verfügbar unter http://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/demo_gegen_rechte_erfurt100.html, zuletzt aktualisiert am 02.05.2013, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Mudra, Kai (2013): 1. Mai in Erfurt: Zahlreiche Gegendemos zu Naziaufmarsch. Online verfügbar unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/1-Mai-in-Erfurt-Zahlreiche-Gegendemos-zu-Naziaufmarsch-1417383574>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

NPD Eichsfeld (2012): Gaby Zellmann. Online verfügbar unter <http://npd-eichsfeld.de/wp/gaby-zellmann-beisitzerin/>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

NPD Kreisverband Erfurt (2013): NPD-Abgeordneter Schwerdt fragt nach Asylanten-Aufnahme und deren Kosten. Online verfügbar unter <http://www.npd-erfurt.de/?p=434>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

NPD Kreisverband Erfurt (2013): Kreisvorstand. Online verfügbar unter http://www.npd-erfurt.de/?page_id=17, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Pressesprecher LPD (01.05.2013): Polizeibericht zum 1. Mai 2013 in Erfurt. Erfurt.

Quent, Matthias (2012): Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens. 1. Aufl. Magdeburg: Meine Verl (Thematische Schriftenreihe Politische Soziologie, 1).

Quent, Matthias; Baumann, Marie (2012): Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Erfurt: Problemaufriss 2012.

Quent, Matthias (2013): Die Unsterblichen. Hg. v. BIKNetz: Glossar. Online verfügbar unter <http://www.biknetz.de/glossar/glossary-detail/unsterblichen-die.html?type=0&cHash=ab4eb4344d71e0317db0df0eaca2838b>, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Reinbold, Fabian (2012): Thüringen nach dem NSU-Skandal: Gefangen in der Schmutzedecke (Spiegel Online). Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-hadert-nach-dem-nsu-skandal-um-den-umgang-mit-rechter-gewalt-a-851937.html>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2012, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Rippl, Susanne; Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie : KZfSS 57 (4), S. 644–666.

Schedler, Jan (2011): 'Modernisierte Antimoderne'. Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010. In: Autonome Nationalisten, S. 17–35.

Schirmer, Dominique; Blinkert, Baldo (2009): Empirische Methoden der Sozialforschung. Grundlagen und Techniken. Paderborn: Fink (Basiswissen Soziologie, 3175).

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert- Stiftung Forum Berlin.

Sundermeyer, Olaf; Luzar, Claudia; Borstel, Dierk (2011): Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen – ein Update 2012. Dortmund: Selbstverlag.

Thüringer Landtag (2013): Untersuchungsausschuss 5/2. Online verfügbar unter http://www.thueringer-landtag.de/landtag/gremien-und-rechtsgrundlagen/sonstige-gremien/untersuchungsausschuss_5_2/, zuletzt aktualisiert am 11.09.2013, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Thüringer Innenministerium (2013): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renner (DIE LINKE): Rechtsextremer Sportverein in Erfurt? Hg. v. Thüringer Landtag, Erfurt (5/6272).

Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Andreas Klärner und Michael Kohlstruck (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, S. 68–101.

Völker, Markus (2013): Rechtsextreme im Fußball: Gezielt unterwandert - taz.de. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/%21111887/>, zuletzt aktualisiert am 30.07.2013, zuletzt geprüft am 18.11.2013.

Wagner, Bernd (2001): Rechtsextremismus und Jugend. In: Wilfried Schubarth und Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich.

Winkler, Jürgen R. (2003): Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa. Befunde einer international vergleichenden Studie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.

